

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Roderick MacFarquhar

Maos letzte Revolution

Herman Achminow

Steht Rotchina am Rande
eines Bürgerkrieges?

B 47/66

23. November 1966

Roderick MacFarquhar, Chefredakteur der Londoner Vierteljahrszeitschrift „The China Quarterly“.

Herman Achminow, geb. 1921 in Archanglsk, Studium an der Universität Leningrad, 1942 in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten, nach Kriegsende nicht nach Rußland zurückgekehrt, später Studium in Oxford (B. Litt. 1959), seit 1957 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsabteilung des Instituts zur Erforschung der UdSSR in München.

Veröffentlichungen u. a.: Die Macht im Hintergrund, Ulm 1950; Die Totengräber des Kommunismus, Stuttgart 1964; Breschnew und Kossygin. Die neuen Männer im Kreml?, Diessen a. Ammersee 1964.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,50 zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Maos letzte Revolution

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe zwei Beiträge zu den jüngsten Vorgängen in China. Der erste stammt von Roderick MacFarquhar, dem Chefredakteur der Londoner Vierteljahrszeitschrift „The China Quarterly“, einem vorzüglichen Kenner der chinesischen Verhältnisse. Wir verdanken die Nachdruckerlaubnis der New Yorker Zeitschrift „Foreign Affairs“, in deren Oktoberheft der Artikel zuerst erschienen ist. — Eine sehr eigenwillige Interpretation der „Kulturrevolution“ unternimmt Herman Achminow. Sie erscheint uns interessant genug, abgedruckt zu werden — nicht zuletzt auch, weil der Autor sich eingehend mit der sowjetischen Reaktion auf diese Vorgänge befaßt —, obwohl auf der Hand liegt, daß angesichts unserer spärlichen Kenntnisse von der Situation in China jede derartige Deutung in hohem Maße spekulativ sein muß.

Maos Sorge um den Fortgang der Revolution

Für die Kommunistische Partei Chinas ist die „große proletarische Kulturrevolution“ dieses Jahres die umfassendste Säuberung gewesen, seitdem Verteidigungsminister P'eng Teh-huai und zwei weitere Mitglieder des Politbüros während des „Großen Sprungs nach vorn“ in Ungnade fielen. P'eng Chen, der im chinesischen Politbüro praktisch an sechster Stelle rangierte, ist aus seiner Schlüsselposition als erster Sekretär des Pekinger Parteikomitees entlassen worden; mit ihm mußten seine älteren Kollegen, mindestens ein weiteres Mitglied des Politbüros (der Propagandachef Lu Ting-yi) sowie viele Untergebene im ganzen Land gehen. Die seit langem vakante Stelle des Chef des Stabes der Volksbefreiungsarmee ist wieder besetzt worden und die Armee hat sich zum dritten Mal mit der Frage auseinandergesetzt, ob Berufssoldatentum oder politischer Kontrolle der Vorrang gebühre. Schließlich fand am 18. August eine Versammlung riesenhaften Ausmaßes in Peking statt, bei der es sich zeigte, daß das Staatsoberhaupt Liu Shao-ch'i, der seit zwanzig Jahren als Nachfolger Maos galt, in der nationalen Hierarchie um mehrere Stufen degradiert und als zweiter Mann im Staat durch Verteidigungsminister Lin Piao ersetzt worden war. So bietet die Kommunistische Partei Chinas, deren Führungsspitze unter dem Vorsitz Maos seit 31 Jahren fast immer von beispielhafter Solidarität gewesen ist, ein überraschend verworrenes Bild. Was ist geschehen, um in der Generation des „Langen Marsches“ den Geist der Kameradschaft zu zerstören? Soll die chinesische Partei nun auch den regelmäßigen Säuberungen unterworfen werden, die seit dem Tode Lenins das Schicksal der KPdSU sind? Sind wir Zeugen eines Kampfes um die Nachfolge für Chinas al-

ternde, aber immer noch aktive Vaterfigur? Oder verwandelt sich Mao selbst im Alter in einen Stalin?

Die Befürchtung, daß seine Form des Kommunismus in China nach seinem Tode zerfallen könnte, läßt Mao seit einigen Jahren nicht mehr los. Als der chinesisch-sowjetische Disput in außenpolitischen Fragen sich zuspitzte,

Herman Achminow:

**Steht Rotchina am Rande
eines Bürgerkrieges? S. 12**

beobachtete Mao die innenpolitische Entwicklung in der Sowjetunion mit wachsender Beunruhigung. Schließlich faßte er seine Sorgen in der letzten der neun großen Polemiken, die die chinesische Partei von September 1963 bis Juli 1964 gegen Moskau richtete, zusammen. Nachdem er nachdrücklich auf die Gefahr der „Wiederherstellung des Kapitalismus“ in der Sowjetunion hingewiesen und eine Reihe langfristiger politischer Maßnahmen zur Verhinderung dieser Gefahr in anderen Ländern dringend empfohlen hatte, erklärte er: „Wir brauchen nicht nur eine korrekte Linie und eine korrekte Politik, wir müssen auch Millionen von Nachfolgern heranbilden und schulen, die die Sache der proletarischen Revolution weiterführen werden.“ Er fuhr fort:

„Bei der Heranbildung von Nachfolgern für die revolutionäre Sache des Proletariats geht es letztlich um die Frage, ob es Menschen geben wird, die in der Lage sind, die von der älteren Generation proletarischer Revolutionäre ins Leben gerufene marxistisch-leninistische revolutionäre Bewegung fortzuführen,

ob die Führung unserer Partei und unseres Staates weiterhin in den Händen proletarischer Revolutionäre liegen wird, ob unsere Nachkommen auf dem vom Marxismus-Leninismus festgelegten Weg weitermarschieren werden, mit anderen Worten, ob es gelingen wird, die Entstehung eines Chruschtschowschen Revisionismus in China zu verhindern. Kurz gesagt, das ist eine außerordentlich wichtige Frage, eine Frage von Leben oder Tod für unsere Partei und unser Land.“¹⁾

Aber das Problem der Schulung revolutionärer Nachfolger brachte Mao auf eine andere, noch wichtigere Frage. Waren die künftigen Ausbilder — nicht nur Pädagogen, sondern Schriftsteller, Künstler, Journalisten, alle die das Denken der Massen beeinflussen könnten — selbst so revolutionär, daß ihnen diese höchst bedeutsame Aufgabe anvertraut werden durfte? Wenn nicht, könnten sie sich nicht als eine viel unmittelbarere Gefahr erweisen als die „friedliche Evolution“ zum Kapitalismus? In der Sowjetunion — das mag ihm ein warnendes Beispiel gewesen sein — hatten revisionistische Führer die Macht an sich gerissen, und in Ungarn hatte der Petöfi-Kreis²⁾ bewiesen, daß marxistische Intellektuelle ein ganzes Volk zu flammendem Protest erwecken konnten.

Als Mao nun Anfang der sechziger Jahre die ideologische Lage im eigenen Land betrachtete, nahmen seine Befürchtungen — offenbar nicht ohne Grund — zu. Nach der Krise, die von dem „Großen Sprung nach vorn“, drei verheerend schlechten Ernten und dem Abzug sowjetischer Techniker ausgelöst worden war, fingen bisher bewährte und zuverlässige Anhänger an, seine Politik, ja vielleicht auch seine Führung in Frage zu stellen. Hinzu kam, daß das Regime bei der gewaltigen Aufgabe, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, auf

die Mitarbeit aller verfügbaren Fachkräfte dringend angewiesen war. Deshalb wurde 1961 eine neue Kampagne „Laßt hundert Blumen blühen“ in die Wege geleitet. Obwohl durch zahlreiche Einschränkungen gesichert, die eine Wiederholung der bedauerlichen Folgen der Episode von 1956/57 verhindern sollten, ermutigte der Feldzug Funktionäre, Journalisten und Gelehrte im ganzen Lande, offene Kritik an Partei und Parteipolitik zu üben.

Im Herbst 1962 entschloß sich Mao — vielleicht in Erwartung eines wirtschaftlichen Aufstiegs —, der Gärung ein Ende zu setzen. Bei der 10. Vollversammlung des Zentralkomitees im September ermahnte er die Partei: „Vergeßt niemals den Klassenkampf!“ Im folgenden Jahr begann eine „Bewegung für sozialistische Erziehung“, die den ersten größeren Versuch darstellte, Erben und Nachfolger gegen den Virus des Revisionismus zu immunisieren. Aber Mao war immer noch unzufrieden mit den sozialistischen Erziehern. Im Dezember 1963 sagte er den Intellektuellen, in allen Sparten der Kunst herrsche „ein Überfluß an Problemen“: Die Kommunisten legten eine geradezu lächerliche Begeisterung für feudalistische und kapitalistische Kunst an den Tag, um die Förderung der sozialistischen Kunst hingegen bemühten sie sich überhaupt nicht. Sechs Monate später erklärte er dem Gesamtchinesischen Bund der Literatur- und Kunstkreise rund heraus, sie und fast alle ihre Veröffentlichungen hätten in den 15 Jahren seit der Gründung der Volksrepublik nichts zur Verwirklichung der Politik der Partei beigetragen. Sie seien bis an den Rand des Revisionismus geraten und würden, wenn nicht ernste Maßnahmen zu ihrer Umformung ergriffen würden, sich mit der Zeit zwangsläufig in einen Petöfi-Kreis verwandeln.

Säuberungsaktion in Peking

Es ist noch nicht klar, wann Mao schließlich zu der Überzeugung gelangte, daß die Umformung, die er von den Parteintellectualen

forderte, mit dem bestehenden Agitprop-Apparat nicht durchzuführen sei und daß er umfangreiche Entlassungen vornehmen und mit neuen Männern neu anfangen müsse. Schon im Februar 1964 gab er seine Zustimmung zu einer nationalen Kampagne „Lernt aus den Erfahrungen der Volksbefreiungsarmee in der politischen und ideologischen Arbeit“, die im Rückblick darauf hinzudeuten scheint, daß ihm die normalen Methoden der politischen Erziehung nicht rasch genug zum Erfolg führten. Auch die Ergebnisse seiner wiederholten An-

¹⁾ The Polemic on the General Line of the International Communist Movement (Peking: Foreign Language Press, 1965), S. 477 f. Ein Parteifunktionär hat jetzt durchblicken lassen, daß Mao selbst der Verfasser der neunten Polemik ist.

²⁾ So genannt nach dem ungarischen Dichter und Patrioten, der in der Revolution von 1848/49 fiel. Der Kreis wurde 1955 in Budapest zur Förderung der freien Diskussion bei Studenten und Intellektuellen gegründet. Ein Jahr später kam es zu dem ungarischen Volksaufstand.

feuerungsversuche bei den „Kultur-Bossen“ der Partei werden ihm kaum Freude bereitet haben. „Bourgeois“-Literatur und -Theaterstücke beherrschten noch immer die Bühne, und obwohl eine Reihe älterer Parteintellektueller noch im gleichen Jahr in Ungnade fallen sollten, stellten sie nur einen kleinen Teil derjenigen dar, die 1961/62 „eine Welle übler Angriffe auf die Generallinie ausgelöst“ hatten.

Klar scheint jedoch zu sein, daß Mao von Beginn der gegenwärtigen Säuberung an selbständig und ohne den normalen Parteiapparat gehandelt hat. Die Durchführung übertrug er seinem früheren Politischen Sekretär, dem Kandidaten im Politbüro Ch'en Po-ta, dem die Leitung eines ad hoc gebildeten Gremiums, der „Gruppe, die die Kulturrevolution leitet“, anvertraut wurde³⁾. Die neue Kampagne, die im Rahmen einer Tagung des Zentralkomitees im September 1965 bekanntgegeben wurde, stützte sich — so hatte Mao bestimmt — auf die Parteiorganisation in Shanghai, die Volksbefreiungsarmee und die von Ch'en Po-ta herausgegebene theoretische Parteizeitschrift *Rote Fahne. Die Tageszeitung der Volksbefreiungsarmee* führte die meisten, zum Teil sehr gehässigen Angriffe, die *Rote Fahne* setzte die Verfolger auf die Fährte der wichtigsten Opfer. Aber der erste scharfe Schuß kam am 10. November von der Parteipresse in Shanghai, in der auch weitere wichtige Artikel erschienen. Nach dem 26. November verschwand Mao aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit, bis am 9. Mai bekanntgegeben wurde, daß er den albanischen Premierminister empfangen habe. Wahrscheinlich hatte er wie üblich den Winter im wärmeren Klima des südlichen Zentral-China verbracht, mußte sich aber in diesem Jahr auch mit der Leitung der Säuberungsaktion befassen.

Die höchsten Propagandaleute müssen über Maos neuen Kreuzzug wenigstens teilweise

³⁾ Während die These, die Säuberung sei von Mao geplant und geleitet worden, mit Zitaten aus der chinesischen Presse und auch damit erhärtet werden kann, daß der Hauptstoß der Säuberung Maos wichtigsten politischen Zielen entspricht, bietet die Rolle Ch'en Po-tas einen weiteren wichtigen „kremlinologischen“ Hinweis: Bei der einzigen anderen Gelegenheit, bei der Mao allein gehandelt hat — beim Kollektivierungsfeldzug des Jahres 1965 —, war es Ch'en, der von Mao beauftragt wurde, seine Ideen vor dem ZK zu vertreten. Und als es sich anlässlich des „Großen Sprungs“ im Jahre 1958 als notwendig erwies, eine neue theoretische Parteizeitschrift, die *Rote Fahne*, zu gründen, war es ebenfalls Ch'en, der zum Chefredakteur ernannt wurde.

Bescheid gewußt haben. Chou Yang, wahrscheinlich der wichtigste stellvertretende Leiter der Abteilung und mehr als zwei Jahrzehnte lang Maos literarischer „Papst“, gebrauchte den Ausdruck „sozialistische Kulturrevolution“ und erörterte im November 1965 in einer Rede vor Amateurschriftstellern die wichtigsten Propagandathemen der Kampagne. Sein Vorgesetzter, der Propagandadirektor Lu Ting-yi, bereiste, wie berichtet wurde, noch im April die Provinzen, um örtliche Parteikomitees über die Organisation des neuen Feldzugs zu instruieren. Wenn Mao aber beabsichtigt hätte, die Eliminierung von Lu und Chou zum Höhepunkt seiner Kampagne zu machen, hätte er, das liegt auf der Hand, diesen beiden kaum sein Vertrauen schenken können, auch wenn er sie eine Zeitlang hinhalten mußte. Auch konnte er sich nicht der normalen, ihrer Kontrolle unterstehenden Propagandakanäle bedienen, solange er noch nicht bereit war zuzugreifen. Das erklärt die ungewöhnliche Verworrenheit, die während des größten Teils der Kampagne in der chinesischen Presse herrschte. Bezeichnenderweise blieb die führende, von einem stellvertretenden Leiter der Propaganda-Abteilung herausgegebene *Pekinger Volkszeitung* fast bis zu dem Tag (3. Juni), an dem P'eng Chens Entlassung bekannt wurde, in ihren Denunzierungen weit hinter Maos auserwählten Organen zurück. Die neuen Propagandaleute haben ihr Amt anscheinend kurz vor dem 1. Juni übernommen.

Das erste Angriffsziel der „Kulturrevolution“ war ein bekannter Historiker, Wu Han, der zugleich stellvertretender Bürgermeister von Peking war. Obwohl er nicht Parteimitglied ist, hatte er sich bei den Aktionen gegen die Intellektuellen stets äußerst korrekt verhalten. Nun wurde er in dem Artikel vom 10. November 1965 in der Shanghaier Parteipresse angegriffen, weil er für die *Pekinger Oper* ein Stück über einen Beamten der Ming-Dynastie geschrieben hatte, das unter dem Titel „Hai Jui wird aus seinem Amt entlassen“ im Jahre 1961 aufgeführt worden war. Darin kam ein ehrlicher Beamter vor, der sich dafür einsetzte, daß den Bauern Landstücke wiedergegeben und Mißstände abgestellt werden sollten. Diese Gestalt habe Wu, so hieß es in dem Angriff, historisch falsch gezeichnet, um damit die Angriffe des Jahres 1961 auf die Volkskommunen und die Forderungen nach der Rückgabe von Privatland an die Bauern zu unterstützen.

Der unerwartete Angriff auf Wu rief in Peking Konsternierung und Verwirrung hervor. Einige Freunde Wus aus dem Pekinger Parteikomitee versuchten — aus nicht ganz uneigennütigen Gründen — ihn zu verteidigen oder wenigstens den Angriff von ihm abzulenken. Sie „griffen das Parteikomitee in Shanghai rücksichtslos an ... und benutzten die ihnen unterstehenden Propagandaorgane, um auf jede mögliche Weise gegen den Artikel anzugehen und ihn zu blockieren“. Zwar hielt Wu es Ende Dezember offenbar für nötig, sich öffentlich zu entschuldigen, wenn sein Stück den falschen Leuten Auftrieb gegeben haben sollte, fühlte sich aber doch noch so sicher, daß er die Richtigkeit seiner historischen Darstellung und die Reinheit seiner Motive verteidigte. Anfang 1966, als weitere Schriftsteller und Historiker angegriffen wurden, sah es tatsächlich so aus, als habe Wu noch eine Chance, sich in der Menge zu verlieren. Heute steht jedoch fest, daß die Angriffe gegen Wu zu einer scharfen Auseinandersetzung hinter den Kulissen zwischen dem Bürgermeister von Peking, P'eng Chen, und Mao Tse-tung geführt hatten.

P'eng Chen hätte Wu Han wahrscheinlich fallengelassen, wenn er nicht mit zwei älteren Mitarbeitern P'engs im Pekinger Parteikomitee, Teng T'o und Liao M-sha, eng liiert gewesen wäre. Diese drei Männer hatten von 1961 bis 1964 gemeinsam eine regelmäßige Artikelserie „Notizen aus einem Drei-Familien-Dorf“ geschrieben, die in der von Teng T'o herausgegebenen Pekinger theoretischen Parteizeitschrift *Frontlinie* erschien. Offizielle Kritiker behaupteten später, die „Notizen“ sowie eine weitere Spalte „Nächtliche Plaudereien in Yenshan“, die Teng T'o für die *Pekinger Abendnachrichten* schrieb, hätten unter dem Deckmantel von Fabeln und historischen Anekdoten gehässige Angriffe auf die Parteipolitik, besonders die des „Großen Sprungs“, gebracht und auf eine erneute Überprüfung der in Ungnade gefallen „rechtsopportunistischen“ Gegner des „Sprungs“ wie P'eng Teh-huai gedrängt.

Beim Durchblättern früherer Nummern seiner Parteiveröffentlichungen mußte sich P'eng Chen der Gedanke aufdrängen, daß seine Untergebenen Angriffsflächen bieten könnten. Außerdem wird ihm auch ohne diese Lektüre Maos Ermahnung gegenwärtig gewesen sein: „Nachdem er Erster Sekretär geworden ist,

sollte er die gesamte Verantwortung für alle Mängel und Fehler in der Arbeit des Parteikomitees auf sich nehmen.“ Nur wenige Monate später erhob die *Rote Fahne* tatsächlich Vorwürfe gegen ihn: Er habe die Stadt Peking als „ein unabhängiges, wasserdichtes und undurchdringliches Königreich“ betrachtet, in das sich niemand einmischen und an dem niemand Kritik üben dürfe; gleich einem Tiger, dem man nicht in den Hintern zu treten wagte. P'eng glaubte offenbar, keine andere Wahl mehr zu haben, als sich „vor die finsternen antiparteilichen und antisozialistischen konterrevolutionären Gangster zu stellen“, um sich selbst zu schützen.

Der Blitz muß etwa Ende März eingeschlagen haben, zwischen dem 29., an dem P'eng Chen zum letzten Mal in der Öffentlichkeit erschien, und dem 3. April, an dem nach einem Monat fast vollkommenen Schweigens die Zeitungsangriffe auf Wu wiederaufgenommen wurden. Mit ihnen setzte eine Verschärfung der Kampagne ein, denn jetzt wurde Wu zum erstenmal vorgeworfen, er habe 1959 die P'eng Teh-huai-Gruppe unterstützt. P'eng Chen war wahrscheinlich schon in Ungnade gefallen, weil er Mao getrotzt hatte, der persönlich interveniert hatte, um an dem Pekinger Komitee Kritik zu üben. Die Zügel der Macht waren P'eng aber anscheinend noch nicht aus der Hand genommen worden; jedenfalls war er immer noch in der Lage, die Verbindung mit seinen „getreuen Lakaien“ aufrechtzuerhalten. Die *Rote Fahne* schrieb später: „Selbst nachdem Genosse Mao Tse-tung das frühere Parteikomitee der Stadt Peking kritisiert hatte, setzten sie ihren organisierten und geplanten Widerstand fort in dem Versuch, ‚die Königin zu retten, indem sie die Bauern opferten‘.“ Am 16. April veröffentlichte die Pekinger Parteipresse eine Selbstkritik, weil sie nicht nur Wu Hans Artikel, sondern auch die von Teng T'o und Liao Mo-sha, die noch nicht angegriffen worden waren, veröffentlicht hatte.

Dieses Manöver hat Mao vielleicht veranlaßt, den Schlag gegen P'eng noch einmal zu bedenken, denn diese Selbstkritik wurde erst am 8. Mai von der Zeitung der Armee als Schwindel entlarvt. Eine Woche später fragte die *Rote Fahne*: „Wer hat euch angewiesen, solche Tricks mit geheuchelter Kritik zu spielen?“ Danach ging es wohl nur noch darum, den richtigen Zeitpunkt für die Bekanntgabe

der Entlassung P'eng Chens zu finden. Am Nachmittag des 3. Juni wurden die Namen des neuen Ersten und des neuen Zweiten Sekretärs des Pekinger Parteikomitees bekanntgegeben. P'eng Chen ist weder damals

noch seitdem erwähnt worden, denn es scheint zum normalen Protokoll der chinesischen Kommunisten zu gehören, Mitglieder des Politbüros niemals namentlich in der Öffentlichkeit anzugreifen.

Schlag gegen die Universitäten

P'eng Chen ist bei weitem der mächtigste unter den Männern, die der jetzigen Säuberung zum Opfer gefallen sind. Als Zweiter Sekretär des Parteisekretariats unter Teng Hsiao-ping, im Politbüro praktisch an sechster Stelle rangierend, und als Chef des Pekinger Bezirks, dem die Garnison der Hauptstadt weitgehend unterstand⁴⁾, hatte er durchaus Chancen, Maos Nachfolger zu werden. Seine Entlassung hätte also — diese Annahme wäre nur logisch gewesen — der Höhepunkt der Säuberung sein müssen; tatsächlich aber scheint sie nur eine Nebenrolle gespielt zu haben.

Hauptziel blieben die Intellektuellen und Propagandisten der Partei; allerdings mußte P'eng Chens Opposition erst niedergeschlagen werden, ehe die „Kulturrevolution“ wirklich in Gang kommen konnte. Am 14. April sprach der stellvertretende Kulturminister Shih Hsimin vor dem Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses davon, wie wichtig es sei, „die sozialistische Kulturrevolution energisch zu Ende zu führen“. (Diese Rede veranlaßte den bekanntesten Intellektuellen Chinas, Kuo Mo-jo, Präsident der Akademie der Wissenschaften, zu dem Ausruf, alle seine Veröffentlichungen taugten nur dazu, verbrannt zu werden.) Vier Tage später verkündete die Zeitung der Volksbefreiungsarmee: „Eine neue Aufwallung der großen sozialistischen Kulturrevolution weitet sich jetzt zu einer Massenbewegung aus.“

Zuerst bestand die Aktion hauptsächlich in der erneuten Hetze gegen Wu Han. Nach dem 8. Mai richtete sich jedoch der Angriff gegen die oben bereits genannten Veröffentlichungen unter dem Titel „Drei-Familien-Dorf“ und besonders gegen Teng T'o. Am 2. Juni setzte eine weitere Phase der Kampagne mit der Veröffentlichung eines in der Universität angebrachten Plakates ein, das sich gegen den Präsidenten der Universität und Ersten Parteisekretär Lu P'ing und dessen Zweiten

Sekretär wandte. Kurz nach Mitternacht am 4. Juni, nur wenige Stunden nach der Bekanntgabe der Umorganisation des Pekinger Komitees, traf Pekings neuer Zweiter Sekretär unter dramatischen Umständen in der Universität ein, um Lu P'ing und seinen Stellvertreter aus ihren Ämtern zu entlassen. Lu P'ing wurde vorgeworfen, er habe, den Anweisungen der notorischen Pekinger Partei folgend, versucht, die Kulturrevolution in eine revisionistische Richtung abzuwenden. Als jedoch nach wenigen Tagen die Universitäten im ganzen Lande angegriffen wurden — auch in Gebieten, in denen die örtlichen kommunistischen Parteien einwandfrei waren —, zeigte es sich, daß die Ereignisse an der Universität Peking als Teil einer Aktion gegen die führenden Männer des Hochschulwesens und nicht nur als Nebenwirkung von P'eng Chens Sturz angesehen werden mußten.

Die Angriffstechnik scheint in den Universitäten und Schulen von Peking bis nach Yünnan etwa die gleiche gewesen zu sein: Zunächst denunzierten — wahrscheinlich veranlaßt durch Agenten von Ch'en Po-tas kulturrevolutionärer Gruppe — „revolutionäre Linke“ aus den Reihen der Studenten und Lehrer einen oder mehrere der höchsten Beamten der Universität. Diese, nicht ahnend welche hohe Unterstützung ihre Kritiker genossen, sammelten ihre Anhänger zu einer Gegenoffensive. Zwei oder drei Wochen lang verwandelte sich die Universität in einen Hexenkessel, in dem Massendenunziationen, Plakatkriege, manchmal auch Gewalttaten an der Tagesordnung waren. Während dieser Zeit schien niemand außer den wenigen unterrichteten Agenten zu wissen, wer als Sieger aus dem ganzen Durcheinander hervorzugehen bestimmt war. Dann traf eine Delegation des Orts- oder Parteikomitees der Partei ein, sonderte die „Braven“ von den konterrevolutionären „Monstern“ und setzte eine Arbeitsgruppe ein, die die Neuorganisation der Parteigruppe an der Universität sowie die Verwaltung selbst leiten sollte.

Mitte August hatten bereits über ein Dutzend Universitätspräsidenten und noch viel mehr

⁴⁾ Der zusammen mit P'eng entlassene Zweite Sekretär des Pekinger Partei, Liu Jen, war der politische Kommissar der Pekinger Garnison.

Vizepräsidenten und Parteisekretäre an den Universitäten ihre Stellung verloren. Das ganze Ausmaß der Säuberung ist noch nicht zu übersehen. Einen Anhaltspunkt bietet vielleicht die Tatsache, daß während der letzten Säuberung im Erziehungswesen nach den „Hundert Blumen“ im Jahre 1957 — viele der Gehetzten von heute waren damals die Hetzer — an den Universitäten und Oberschulen tausend Parteifunktionäre eingesetzt wurden, davon zweihundert als Präsidenten oder Vizepräsidenten.

Aber die Säuberung der Professoren und Lehrer ist nur ein Aspekt eines Frontalangriffs auf alle, die Geist und Denken in China zu gestalten haben: Journalisten, Schriftsteller, Verleger und — am allerwichtigsten — Parteifunktionäre für Propaganda von der Orts- und Bezirksebene bis hinauf zu Lu Ting-yi und Chou Yang. Chou Yang wurde zum erstenmal am 1. Juli und danach mit wachsender Gehässigkeit und Schärfe angegriffen. Lu Ting-yi wurde als Kandidat im Politbüro, ebenso wie P'eng Chen, nicht namentlich genannt. Daß er seinen Propagandaposten verloren hatte, wurde erst deutlich, als der Erste Sekretär des Parteibüros für Zentral- und Südchina, Tao Chu, am 10. Juli bei einem Empfang für afroasiatische Schriftsteller Lus Titel führte⁵⁾.

Allen Opfern der Säuberung ist ein ganzes Sündensyndrom vorgeworfen worden, das im wesentlichen darauf hinausläuft, daß sie das „Experte-sein“ dem „rot-sein“ vorgezogen oder es versäumt hatten, „der Politik den Vorrang einzuräumen“. So soll zum Beispiel der Leiter des Konservatoriums in Shanghai „traurige Symphonien“ aufgeführt haben, die Niedergeschlagenheit bei den Massen auslösten. Der Vorsitzende der volkswirtschaftlichen Abteilung der Akademie der Wissenschaften wollte angeblich „liberman'scher“ als Liberman sein. Ortliche Zeitungen im ganzen Lande sollen in den dunklen Tagen von 1961/62 Abschriften des Pekinger „Drei-Familien-Dorfs“ veröffentlicht haben, in denen die Parteipolitik kritisiert wurde. Ob das zutrifft oder nicht, wird sich niemals ganz klären lassen, da Wahrheit und Unwahrheit der Beschuldigungen in vielen Fällen davon abhängen, ob historische Essays allegorisch gemeint waren oder nicht. Immerhin scheinen mindestens einige der von der Partei erhobenen Vorwürfe gut begründet zu sein.

⁵⁾ Es ist durchaus möglich, daß Lu Ting-yi schon Ende April entlassen wurde.

Das Unbestechliche wie Lu Ting-yi und Chou Yang sich an einer Flüsterkampagne gegen Mao tatsächlich beteiligt haben, ist nicht sehr wahrscheinlich. Aber es ist denkbar, daß Lu, Chou und ihre ebenso orthodoxen Untergebenen sich zu einer Zeit, als das Prestige der Führung erheblich gelitten hatte, verpflichtet fühlten, die Zügel der doktrinären Überwachung lockerer zu lassen.

Vom 1. Juli ab — die Kulturrevolution war nun in vollem Gange — begann Mao, das Dunkel, das die Säuberung umgab, allmählich zu lüften. An diesem Tage unterzog sich die *Volkszeitung* in einem Leitartikel zum 45. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei einer merkwürdigen Fleißarbeit, indem sie zunächst erklärte, „die Einstellung zu Mao Tse-tungs Denken ist der Maßstab, der den echten Revolutionär vom unechten und vom Konterrevolutionär, den Marxisten-Leninisten vom Revisionisten unterscheidet“, um anschließend in pointierter Form positive Äußerungen über Maos Denken von Liu Shao-ch'i, Chou En-lai, Lin Piao und Teng Hsiao-p'ing zu zitieren. Daß diesen vier engsten Waffenbrüdern Maos die ideologische Gesundheit öffentlich attestiert werden mußte, ist ein erschreckender Beweis dafür, wie weit sich Gerüchte und Verdächtigungen schon ausgebreitet haben müssen⁶⁾. Kurz danach wurden die höchsten, von der Säuberung unberührten Funktionäre bei allen Empfängen deutlich herausgestellt, wahrscheinlich um der verwirrten Öffentlichkeit zu zeigen, wer sich noch in Amt und Würden befand.

Mitte Juli erschien Mao selbst wieder, um die Rückkehr zum Normalzustand — oder zu dem, was die Chinesen darunter verstehen — anzuzeigen, und stürzte sich sogleich in den Jangtse, um seine Rüstigkeit und Gesundheit unter Beweis zu stellen. Am 8. August wurden auf Grund eines Beschlusses des Zentralkomitees die künftigen Richtlinien für die Kulturrevolution festgelegt — offensichtlich in dem Bemühen, die allgemeine Verwirrung zu mindern. Danach gab das Zentralkomitee nach seiner ersten Plenarsitzung seit vier Jahren ein Kommuniqué heraus, in dem alle Maßnahmen zur Vorbereitung der Kulturrevolution nachträglich gebilligt und eindeutig Mao zugeschrieben wurden.

⁶⁾ Daß dem 80jährigen Chu Te, Nummer 4 im Politbüro, keine Lobeshymnen gesungen wurden, mag ein Zeichen der Achtung vor Maos ältestem Kollegen gewesen sein, in der Annahme, daß wenigstens er über jeden Verdacht erhaben sein müsse. Aber inzwischen ist auch er degradiert worden.

Politisierung und Entprofessionalisierung von Wissenschaft und Kunst

Die Säuberung ist zwar der dramatischste Teil der „großen proletarischen Kulturrevolution“ gewesen, aber doch nur die negative erste Phase. Jetzt sind nicht nur neue Männer, sondern auch neue Maßnahmen nötig. Die drastischsten Veränderungen, die erwogen werden, sollen offenbar das Erziehungswesen treffen. Am 17. Juli gaben Partei und Regierung bekannt, daß die Zulassung zur höheren und Hochschulen in diesem Jahr um sechs Monate verschoben werde. Damit soll einerseits den Oberschulen und Universitäten Gelegenheit gegeben werden, die Kulturrevolution zu Ende zu führen; andererseits soll — und das ist noch wichtiger — damit Zeit für eine gründliche Reform des jetzigen Zulassungssystems gewonnen werden. Man ist zu der Überzeugung gekommen, daß bei den Aufnahmeprüfungen den akademischen Fähigkeiten zu viel, der politischen Zuverlässigkeit aber zu wenig Gewicht beigemessen wird; dadurch werde die massenweise Zulassung revolutionärer Bauern, Arbeiter und Soldaten verhindert. Einige Oberschülerinnen haben in einem vermutlich veranlaßten Brief, der in der Presse veröffentlicht wurde, vorgeschlagen, daß alle Kinder nach der Schulentlassung zunächst in den produktiven Arbeitsprozeß eingespannt werden sollten; die Zulassung zur Universität sollte dann auf Grund „ideologischer Diplome“ erfolgen, die sie während ihrer Tätigkeit unter Bauern und Arbeitern gewinnen könnten.

Nach dem Beschluß des Zentralkomitees vom 8. August wird ein weiterer wichtiger Schritt darin bestehen, den Studiengang zu vereinfachen. „Der Unterrichtsstoff sollte gründlich überholt und zum Teil vereinfacht werden.“ In einem zweiten Studentenbrief, der auf eine mögliche Neuerung hinweisen mag, wird geklagt, die Ausbildung in Schule und Hochschule dauere zu lange: „Siebzehn Jahre harter akademischer Arbeit ist eine Verschwendung der Jugendkraft und führt die junge Generation auf Irrwege.“

Der noch stärkeren Politisierung des akademischen Lebens steht in Literatur und Kunst eine Entprofessionalisierung gegenüber. Schon vor seiner „Säuberung“ hatte Chou Yang das höchste Ziel verkündet: „Wenn die kommunistische Gesellschaftsordnung verwirklicht worden ist, werden wahrscheinlich alle Schriftsteller Amateure sein.“ Mao scheint der Ansicht zu sein, daß „hauptamtliche“ Intellektuelle, schon weil ihre Arbeit privater Na-

tur ist, niemals wirklich umgeformt werden können. Dafür genüge nicht einmal der häufige Kontakt mit Arbeitern, Bauern und Soldaten. Wenn die Intellektuellen der Revolution nicht gefährlich werden sollen, müssen sie auch Arbeiter, Bauern oder Soldaten *sein*. Und da die Intellektuellen sich gegen diese Aussicht sträuben, mag es auf die Dauer gesehen wirksamer sein, am anderen Ende anzufangen.

Maos Ziel ist tatsächlich die totale „Amateurisierung“ aller Tätigkeiten, die Heranbildung von 700 Millionen Universalmenschen. „Mit dem Hammer in der Hand werden sie in der Lage sein, Fabrikarbeit zu leisten, mit Hacke und Pflug das Land zu bestellen, mit dem Gewehr in der Hand werden sie kämpfen und mit der Feder ihre Gedanken schriftlich zum Ausdruck bringen“, erklärte die *Volkszeitung* am 1. August. Bei der Schilderung der praktischen Verwirklichung der „Amateurisierung“ gebrauchte die Zeitung allerdings den Ausdruck „wo die Verhältnisse es gestatten“; damit wurde angedeutet, daß man zunächst vorsichtig vorgehen werde.

Das alles erinnert stark an den „Großen Sprung nach vorn“, und auch im Communiqué der 11. Plenarsitzung des Zentralkomitees wird davon gesprochen, daß sich ein „neuer umfassender Sprung nach vorn“ anbahne. Aber die Formulierung an dieser sowie an anderer Stelle läßt vermuten, daß die Partei eher die nationale Moral heben als die apokalyptische Atmosphäre des Jahres 1958 wieder heraufbeschwören will. Schon im April erklärte Premierminister Chou — aber eher beschreibend als fordernd —, die Industrieproduktion habe „einen neuen Sprung nach vorn“ getan. Chou, Außenminister Ch'en Yi und jetzt auch das Zentralkomitee haben alle auf die Verbesserung der Qualität Gewicht gelegt, während im Jahre 1958 das Schlagwort „Quantität“ hieß und die Qualität ganz unbeachtet blieb. Bezeichnend ist auch, daß das Zentralkomitee bei seinen Beschlüssen über die Kulturrevolution sich besondere Mühe gegeben hat, Wissenschaftler und technisches Personal zu beruhigen — also die Leute, bei denen die Aussicht auf einen weiteren „Sprung nach vorn“ am ehesten Unruhe auslösen könnte.

Wenn die berauschte Wirkung eines „Sprungs nach vorn“ nun vermieden werden soll, werden vermutlich die neue Propagandaabteilung und die Volksbefreiungsarmee, die

ursprüngliche „Schule der Revolution“, den revolutionären Eifer pflegen müssen. Aber merkwürdigerweise hat auch die Armee, obwohl sie noch immer als das unumstrittene politische Vorbild hingestellt wird, eine große, wenn auch unauffällig durchgeführte Umwälzung durchgemacht. Am 1. August, am Tage der Armee, gab ein „stellvertretender Chef des Stabes“ den alljährlichen Empfang — ein Zeichen dafür, daß auch Lo Jui-ch'ing, der seit November nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen worden war, wie seine beiden Vorgänger in Ungnade gefallen ist. Während der letzten acht Jahre sind nunmehr mindestens sieben höchste Offiziere entlassen worden, wenn auch einer davon inzwischen wieder aufgetaucht ist. Ebenfalls am 1. August war in der Zeitung der Volksbefreiungsarmee zu lesen, daß die Armee „vor nicht sehr langer Zeit“ zum dritten Mal einen scharfen Kampf über die Frage Berufssoldatentum oder politische Kontrolle durchgemacht habe. Sogar der frühere Chef der Geheimpolizei, Lo Jui-ch'ing, der Lin Piao bei der Politisierung der Armee nach der Entlassung von P'eng Teh-huai und seinem Stabschef im Jahre 1959 anscheinend wirkungsvoll unterstützte, scheint sich schließlich doch zu dem verpönten „rein militärischen Standpunkt“ bekehrt zu haben.

Zwischen den Zeilen brachte das offizielle Organ der Volksbefreiungsarmee Lo (der bis jetzt noch nicht namentlich angegriffen worden ist) mit P'eng und den Propagandachefs in Verbindung und schilderte ihn und seine in

Ungnade gefallenen Kollegen als „wichtige Mitglieder der gegenrevolutionären antiparteilichen und antisozialistischen Clique, die vor kurzem von unserer Partei entlarvt worden ist“. Mao mag es zwar vom Standpunkt der Doktrin aus gut zustatten kommen, diese Männer alle über einen Kamm zu scheren, aber der Zeitpunkt von Lo Jui-ch'ings Verschwinden deutet darauf hin, daß er zwar die damals erst geplante Kulturrevolution vielleicht auch mißbilligte, aber wohl kaum Gelegenheit gehabt haben dürfte, sich P'engs späterem Widerstand dagegen anzuschließen. Interessant ist, daß der Treuebruch Los und seiner Kollegen erst jetzt bekannt geworden ist; vielleicht sollte die Kulturrevolution erst richtig in Gang kommen, ehe das ganze Land erfuhr, daß das von Mao zur Nachahmung aufgestellte Vorbild auf tönernen Füßen stand. Es ist bezeichnend, daß die Armee zwar die ganze Sache in ihrer Presse selbst aufgebracht, sie aber seitdem anscheinend wieder fallengelassen hat, als fürchte sie, das Volk könne auf die Idee kommen, Soldaten seien auch nicht revolutionärer als andere Leute. Noch bedeutsamer ist vielleicht, daß der Angriff auf die Armeeführer nur in der Zeitung der Armee erscheinen durfte. Diese Tatsache zusammen mit der knappen Erklärung, die Volksbefreiungsarmee werde ihre kulturrevolutionären Aufgaben nach den Anweisungen des Militärkomitees beim Zentralkomitee erfüllen, deutet darauf hin, daß der zentrale Parteiapparat bei der Armee nur wenig zu sagen hat.

Vorrang der Armee

Mao hat sich nichts Geringeres zum Ziel gesetzt als die totale Umwandlung des chinesischen Menschen. In der *Volkszeitung* heißt es: „Es ist das Ziel der proletarischen Kulturrevolution, nicht nur die alte Ideologie und die alte Kultur, alle die alten Sitten und Gebräuche, die, von den Ausbeuterklassen gefördert, das Denken des Volkes seit Jahrtausenden vergiften, zu zerstören, sondern auch eine völlig neue Ideologie, eine neue Kultur, völlig neue Sitten und Gebräuche — nämlich die des Proletariats — bei den Massen zu schaffen und zu pflegen. ... Diese gewaltige Aufgabe der Umwandlung aller Sitten und Gebräuche ist ohne Beispiel in der Geschichte der Menschheit.“

Wenn man sich die Dimensionen dieser ehrgeizigen Pläne Maos klar macht, ist es nicht

schwer zu verstehen, warum er den unglaublichen Kult, der mit seinem Denken (dem „Kompaß“ der Revolution) und seiner Person (ihrem „Steuermann“) getrieben wird, zuläßt und sich nicht scheut, eine gigantische Gasse in die Reihen der Partei zu hauen — wenn er auch, anders als Stalin, nicht tötet. Der Verlust von ein paar hundert oder auch tausend alter Genossen ist wahrscheinlich für ihn nur ein geringer Preis, den er für hunderte von Millionen revolutionärer Erben und Nachfolger zahlt.

Mao wird wahrscheinlich die Zerstörung der Kameradschaft von Yenan überstehen können, obwohl auch er Gegenangriffen ausgesetzt sein könnte, wenn der „Sprung nach vorn“ im Erziehungswesen — denn dahin scheint die Entwicklung zu gehen — mit einer Kata-

strophe enden sollte. Aber wie steht es mit seinem Nachfolger? Bei der großen kulturrevolutionären Versammlung vom 18. August zeigte es sich deutlich, daß der 59jährige Lin Piao Maos Nachfolge antreten wird. Die Kulturrevolution ist zwar nicht das Ergebnis eines Kampfes um die Nachfolge, aber Mao ergriff die Gelegenheit, sie zu regeln. Er hat sich für Lin entschlossen, weil er offenbar in dem jüngeren Mann die Eigenschaften findet, die bei einem künftigen Führer, der den militanten Maoismus fortführen soll, unerlässlich sind.

Man kann sich nur schwer vorstellen, wie ein Mann, der wegen seines körperlichen Zustandes so gut wie nie in der Öffentlichkeit auftritt, dennoch gesund genug sein kann, das Land zu regieren. Aber selbst wenn er es ist, wird Lin vor schweren Problemen stehen, wenn er nach Maos Abgang versuchen muß, sich die Treue vieler seiner wichtigsten Kollegen zu erhalten. Chou En-lai wird bei ihm bleiben, wahrscheinlich als Gegenleistung für das Versprechen, keinen neuen „Sprung nach vorn“ in die Wege zu leiten. Aber die Begleitumstände von Lins Aufstieg müssen bei vielen Leuten in der Führungsspitze Empörung ausgelöst haben, und er wird vielleicht versuchen, seine persönliche Stellung dadurch zu untermauern, daß er Zentralkomitee und Politbüro mit loyalen Armeekadern besetzt. Er wird es nötig haben, die Bedeutung der hauptamtlichen Parteifunktionäre in diesen zentralen Organen herabzusetzen, denn der Parteiapparat kann leicht zu einem mächtigen Stützpunkt werden, von dem aus seine Führung angegriffen werden könnte.

Der Ausgang von Manövern dieser Art wäre von weit größerer Bedeutung als Aufstieg und

Sturz einzelner Personen, da damit die gesamte Rolle der Armee in der chinesischen Gesellschaftsordnung unweigerlich berührt werden würde. Schon jetzt unter Mao ist die Armee die Erzieherin der Nation. Ihre Kader werden auf die Bauernhöfe und in die Fabriken hinausgeschickt, um die maoistische Lebensform in das Volk zu tragen. Der Name der neuen revolutionären Jugendorganisation — Rote Garde — sowie ihre olivgrünen Uniformen deuten darauf hin, daß die Armee bei ihrer Gründung mitgewirkt hat. Sogar der neue stellvertretende Kulturminister war bis vor kurzem Soldat. Bei der Versammlung am 18. August erhielten jüngere Offiziere den Vorrang vor den stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses, und Mao selbst erschien in Uniform, um die überragende Bedeutung der Armee im Leben der Nation symbolisch darzutun.

Was hier vor sich zu gehen scheint, ist keine bonapartistische Machtübernahme im üblichen Sinne — schließlich sind Lin Piao und seine Offiziere angeblich die „röttesten“ aller Parteimitglieder. Aber das Land wird immer mehr von Militärs beherrscht, und auf die Dauer gesehen ist eine Armee in Friedenszeiten kein geeignetes Vehikel zur Führung der Revolution. Politische Führung kann nicht ihre einzige große Aufgabe sein; außerdem sind auch die röttesten Armeekader dem konservativen Einfluß ihrer mehr auf Fachleistungen bedachten Kollegen ausgesetzt, die, so stark sie auch kritisiert werden mögen, doch eine Wirkung haben. Das Eindringen der Armeekader in die höchsten Parteiorgane würde die Parteiführung letztlich zersetzen. Vielleicht hat Mao, indem er den Stab an Lin weitergab, gerade die Organisation untergraben, die er für die Grundlage der proletarischen Diktatur hält.

Steht Rotchina am Rande eines Bürgerkrieges?

Mobilisierung der Massen gegen die Parteifunktionäre

Was geht eigentlich in China vor sich? Wir wissen, daß seit Monaten die „Kulturrevolution“ das Land erschüttert. Absurde Dinge geschehen. Mao Tse-tung formierte aus Halbwüchsigen die „Rote Garde“, die sich vermutlich aus Mittelschülern und Jungkommunisten der Armee zusammensetzt. Die „Rote Garde“ demonstriert gegen Parfüm und Kochkunst, belagert drei Tage lang die Sowjetbotschaft in Peking, fordert, Rot als Stoplicht abzuschaffen, da es die Farbe der Revolution sei, will ein Denkmal Sun Yat-sens durch eine Statue Maos ersetzen und ähnliches mehr. Ist das noch Politik? Läßt es nicht eher an einen nur noch irrational handelnden Despoten denken, dessen Tage gezählt sind?

Mit einer solchen Deutung würde man es sich zu leicht machen. Mao Tse-tung regiert ein Land mit 600 bis 700 Millionen Einwohnern, und wenn er auch Diktator ist, so folgen ihm doch Millionen und Abermillionen freiwillig, darunter Politiker von internationalem Format. Sie würden es kaum tun, wenn sie der Meinung wären, daß Mao nicht mehr im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte ist. Was heute in China vor sich geht, muß mit rationalen Gründen zu erklären sein, und wir werden versuchen, diese Gründe zu finden.

Fest steht, daß es sich um eine Nachfolgekrise handelt. Das geht schon aus dem Verlauf der „Kulturrevolution“ hervor. Sie begann sozusagen mit der Verneinung des Nachfolgeproblems. Im Juni dieses Jahres ging ein Bild durch die Weltpresse. Es zeigte den dreiundsiebzigjährigen Mao den Jangtse hinabschwimmend — ein Bild ewiger Jugend anscheinend. Dann folgten die Pöbeleien der halbwüchsigen Roten Garde, die sich gegen alles richteten, was da war, nur nicht gegen das, was Mao verkündet hat. Und schließlich der sensationelle Aufstieg des Verteidigungsministers zum zweiten Mann im Staat und damit zum Kronprinzen. Gleichzeitig lösten junge Kommunisten viele von Maos alten Kampfgefährten ab.

So rundet sich das Bild, das Mao den Chinesen vorsetzen möchte: Mao ist noch nicht alt, er

ist das Idol der Jugend, und sein Werk wird ewig jung bleiben, denn die Jugend trägt es und der Mann an seiner Seite kann es verteidigen.

Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte des Kommunismus, daß der Diktator alte Kämpfer abschiebt, daß er sich eine neue Garde heranzieht, ja die unteren Schichten gegen die etablierte Führung aufhetzt, die angeblich verbürgerlicht, entartet oder abweichlerisch geworden ist.

Stalin hat es 1937 mit seiner großen Säuberung erfolgreich getan. Er hatte offiziell dazu aufgerufen, jeder Parteiführer möge sich zwei, drei Stellvertreter ausbilden: „Es ist vor allem notwendig, unseren Parteiführern, beginnend mit dem Sekretär der Zelle bis zum Sekretär der Gebiets- und republikanischen Parteiorganisation, naheulegen, sich im Laufe einer gewissen Periode zwei Mann, zwei Parteifunktionäre herauszusuchen, die fähig sind, ihre wirklichen Stellvertreter zu sein“¹⁾.

Als das geschehen war, konnte Stalin die alte Garde in den Tod oder in die Lager schicken. 1952 wollte er sich auf eine ähnliche Weise der erfolgreichen Größen des Zweiten Weltkrieges entledigen — aber darüber ist er gestorben.

Auch Chruschtschow versuchte am Ende seiner Herrschaft, die unteren Funktionäre gegen die oberen auszuspielen. Er machte aus den ZK-Treffen Massenkundgebungen, bei denen die 175 stimmberechtigten ZK-Mitglieder in einer Chruschtschow-Claque von Fünftausend untergingen. Das Ergebnis war sein Sturz.

Im Prinzip wendet Mao die gleiche Methode an, wenn auch konsequenter und in einem größeren Maßstab. Er hetzt nicht die unteren Schichten der „neuen Klasse“ gegen die oberen, er macht die Straße mobil und setzt sie auf die ganze „neue Klasse“ an, auf die Fachleute wie die Parteiorgane. Das macht die jüngste Entwicklung in China zu einem einmaligen Phänomen in der Geschichte des Weltkommunismus: Der Führer der Kommunistischen Partei Chinas stellt die wichtigste These des Mar-

¹⁾ Prawda, 29. März 1937.

xismus-Leninismus in Frage, das Postulat von der führenden Rolle der Partei. Und er tut es konsequent. Nach dem Zeugnis der Moskauer Prawda hat eine rotchinesische Provinzzeitung Ende August den Parteikadern befohlen: „Alle Revolutionäre mögen die nichts taugende Überheblichkeit wegwerfen und aufrichtige

Schüler werden, bescheiden von den kleinen Wortführern der Revolution lernen“²⁾). Eine andere Zeitung fordert die Rote Garde auf: „... die Spitze der Kulturrevolution direkt gegen den leitenden Kern des Provinzpartei-komitees zu lenken und das Artilleriefeld zu sein Hauptquartier zu eröffnen“³⁾).

Ein Marschall als Kronprinz

Daß die Bruskierung der etablierten Parteikader der eigentliche Inhalt von Maos „Kulturrevolution“ ist, geht deutlich auch aus den bekanntgewordenen Personalveränderungen hervor. Gestürzt wurden mindestens zwei Mitglieder des höchsten Parteiorgans, des Politbüros: der frühere Oberbürgermeister von Peking und Chef der Pekinger Parteiorganisation, Peng Tschen, und der Chefideologe Lu Yung-yi. Weiter sind mehrere hohe Parteiführer degradiert worden, darunter der bis dahin zweite Mann im Staat, Liu Schao-tschi, der Generalsekretär der Partei, Teng Shaotung, angeblich sogar Tschou En-lai und viele andere mehr.

Die wichtigste Veränderung und die eigentliche Sensation aber ist der Aufstieg des Verteidigungsministers Marschall Lin Piao zum zweiten Mann im Staat und damit zum designierten Nachfolger. Dabei ist weniger seine Person als sein Rang das Ungewöhnliche. Sollte Lin Piao tatsächlich Maos Nachfolger werden, so wäre das das zweite Novum, das die Chinesen in die Geschichte des Kommunismus einbringen: Es ist noch nie einem Militär gelungen, sich gegen die Parteibürokratie zu behaupten. Leo Trotzki, der unter Wladimir Lenin während des russischen Bür-

gerkrieges 1918/20 die Rote Armee geschaffen hatte, unterlag später Josef Stalin, einem reinen Parteiparatschik. Marschall Shukow, der sowjetische Held des Zweiten Weltkrieges, wurde sowohl nach Kriegsende von Josef Stalin als auch, nachdem er nach Stalins Tod ein Come back hatte, von Nikita Chruschtschow ausgebootet. Das ist kein Zufall: In einer kommunistischen Diktatur trifft „die Partei“, also die Parteiorgane, die Bezirks-, Gebiets- oder sonstigen Komitees bis hinauf zum Zentralkomitee, alle wichtigen Entscheidungen, und die Apparatschiki, die hauptamtlichen Parteifunktionäre, sind peinlich darauf bedacht, ihre Macht zu behalten; sie lassen nur einen der Ihren an die Spitze.

Aus welchen Gründen kann nun Mao Tse-tung einen Verteidigungsminister, der nicht etwa ein Parteimarschall, sondern ein echter Truppenführer ist, zum Nachfolger wählen? Wir sind nicht berechtigt anzunehmen, daß Mao die Geschichte des Kommunismus oder die Struktur der kommunistischen Diktatur nicht kennt, und wir haben vielleicht in der Ernennung des Marschalls zum Kronprinzen den Schlüssel zum Geheimnis der „Kulturrevolution“ in der Hand.

Furcht vor einem Bürgerkrieg?

Die These, daß ein Marschall keine Chance hat, sich an der Spitze einer kommunistischen Diktatur zu halten und sich die Partei zu unterwerfen (es sei denn, er will den Kommunismus beseitigen), gilt mit Sicherheit für Friedenszeiten. Anders wäre es, wenn Mao mit einem Krieg rechnete — dann wäre ein Marschall an der Staatsspitze denkbar und sogar von Nutzen. Aber was für ein Krieg könnte das sein?

Maos revolutionäre Phraseologie würde zunächst die Annahme rechtfertigen, daß er seine

fanatisierte Jugend unter der Führung des Marschalls nach Vietnam zu schicken plant. Aber diese Annahme dürfte kaum richtig sein. Ho Tschiminh will keine rotchinesischen Kampftruppen in seinem Land, und der Wert dieser Truppen wäre zudem sehr fraglich. Nach den jüngsten, vom August 1966 datierten Berichten verfügt China zwar über fast drei Millionen Soldaten (das ist nicht viel im Vergleich zur Bevölkerungszahl), aber ihre Ausrüstung ent-

²⁾ Prawda, 3. September 1966.

³⁾ Ebenda.

spricht kaum den Erfordernissen eines modernen Krieges⁴⁾).

Die zweite Möglichkeit wäre, daß Mao mit inneren Unruhen nach seinem Tode, mit so etwas wie einem Bürgerkrieg rechnete. Der Gedanke mag zunächst abwegig erscheinen. In Europa sieht man Bürgerkriege für eine Art unberechenbares Naturereignis an, und der Gedanke, ein amtierender Staatsmann würde sich rechtzeitig auf einen Bürgerkrieg vorbereiten, übersteigt die Vorstellungskraft vieler Beobachter. Außerdem verbindet man mit dem Gedanken an einen Bürgerkrieg in China zunächst die Vorstellung eines Ein-

greifens von Tschiang Kai-schek, den man für abgewirtschaftet hält und dem man kaum zutraut, auf dem Festland wirksam eingreifen zu können.

In Wirklichkeit ist die Lage aber viel komplizierter. Bürgerkriege, das heißt Kriege von Chinesen gegen Chinesen, gehören zur chinesischen Tradition, zumindest im 20. Jahrhundert. Die offizielle rotchinesische Geschichtsschreibung erwähnt drei „revolutionäre Bürgerkriege“ in den Jahren 1924/27, 1927/35 und 1946/49. Hinzu kommen noch die zahlreichen Kriege der nichtkommunistischen Generäle untereinander.

Zeitweiliger Rückschlag

Mao Tse-tung kennt die Geschichte, und der Gedanke an die Möglichkeit einer Niederlage des Kommunismus, ja eines Zusammenbruchs des Erreichten stellt einen integralen Teil seiner Lehre dar. Schließlich verdankt er seinen persönlichen Aufstieg der fast totalen Niederlage des Kommunismus in China im Jahre 1927, als die in manchen Teilen Chinas bereits errichteten Sowjets von Tschiang Kai-schek zerschlagen wurden. Der Gedanke an die Möglichkeit eines Zusammenbruchs und an die Notwendigkeit, sich auch für diesen Fall vorzubereiten, ist in der chinesischen kommunistischen Literatur wesentlich besser ausgearbeitet als in der russischen. Es ist kein Zufall, daß die Sowjets in der Zeit der „großen Freundschaft“ den theoretischen Kommentar zum Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur in Ungarn im Oktober 1956 den chinesischen Genossen überließen. Dieser Kommentar erschien unter dem Titel „Noch einmal über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats“ am 30. Dezember 1956 in der *Prawda* als Nachdruck aus der *Pekinger Volkszeitung*. Er enthält vieles, was auch für die heutige Situation wichtig sein kann. Es heißt dort unter anderem:

„Die Niederlage ist die Mutter des Erfolgs... Wenn man den Vergleich zu der Geschichte

der bürgerlichen Revolutionen in England und in Frankreich zieht, so sind die Rückschläge in unserer Sache recht unbedeutend. Die englische bürgerliche Revolution begann im Jahre 1640. Doch nach dem Sieg über den König wurde die Diktatur von Cromwell errichtet, dann, im Jahre 1660, wurde die alte königliche Dynastie restauriert... (Erst) 1688... wurde die Diktatur der englischen Bourgeois stabil. Die französische bürgerliche Revolution dauerte 86 Jahre, vom Augenblick ihres Entstehens im Jahre 1789 bis zum Jahre 1875, als die Dritte Republik errichtet wurde. Sie war äußerst beweglich — da lösten sich Fortschritt und Reaktion, Republik und Monarchie, revolutionärer Terror und konterrevolutionärer Terror, Bürgerkrieg und Krieg gegen andere Länder, Unterwerfung fremder Staaten und Kapitulation vor anderen Staaten gegenseitig ab“⁵⁾).

Dieser Artikel ist zwar nicht von Mao unterzeichnet, aber er ist sicher in seinem Geist geschrieben. Für uns ist er besonders interessant, weil er die Denkkategorien der chinesischen Führung besser wiedergibt als das eine oder andere Buch von Mao. Wer eine solche Haltung zum historischen Prozeß einnimmt, für den ist ein „zeitweiliger Rückzug“ gar nichts so Unmögliches.

Kritische Situation Chinas

China erlebt zur Zeit eine sehr schwere innenpolitische Krise, die bereits mehrere Jahre dauert. Beginnend mit Herbst 1958, als sich Mao entschloß, den „Großen Sprung nach

vorn“ zu machen, hat seine Politik ein Fiasko nach dem anderen erlebt. Durch die Einführung der Volkskommunen wurde die Landwirtschaft ruiniert, beschleunigt durch Natur-

⁴⁾ Die Presse, Wien, 20./21. August 1966.

⁵⁾ Prawda, 30. Dezember 1956.

katastrophen in den Jahren 1959, 1960 und 1961. Es gab eine Hungersnot von solchem Ausmaß, daß die landläufigen Vorstellungen vom chinesischen Geburtenüberschuß vermutlich sehr fragwürdig sind.

Diese Katastrophe war erst 1964/65, zu einer Zeit als der Konflikt mit der Sowjetunion seinen Höhepunkt schon erreicht hatte, einigermmaßen überwunden. Dieser Konflikt war für China von Anfang an eine sehr gefährliche Sache. Er isolierte China und verschärfte seine internen Schwierigkeiten. Zudem zogen die Sowjets ihre Fachleute und Berater ab. Das war offenbar ein sehr schwerer Schlag für die chinesische Volkswirtschaft. Palmiro Togliatti, der italienische Kommunistenführer, dem man gewiß keinen Maoismus vorwerfen kann, hat Chruschtschow in seinem „Testament“ vorgeworfen, mit dieser Maßnahme sei er über das Notwendige hinausgegangen ⁹⁾.

Man konnte den Konflikt vom Standpunkt der Chinesen noch in etwa rechtfertigen, solange die Hoffnung auf einen Aufruhr der farbigen Völker gegen die weiße Rasse bestand und für diesen Fall China und Mao die Aussicht hatten, sich an die Spitze dieser Bewegung setzen zu können.

Diese globale Strategie Mao Tse-tungs ist in den letzten beiden Jahren vollständig zusam-

mengebrochen. Es ist den Chinesen nicht gelungen, mit flammenden Aufrufen die Massen der Farbigen in Asien, Afrika und Lateinamerika zur Weltrevolution anzustacheln. Stürze wie der von Sukarno in Indonesien, Ben Bella in Algerien und Nkrumah in Ghana waren nur besonders spektakuläre Äußerungen für den sinkenden Einfluß des radikalen Kommunismus chinesischen Typs in der ganzen Welt.

Die Entscheidung der USA, sich am Widerstand gegen die kommunistische Aggression in Südvietnam aktiv zu beteiligen, hat schließlich der Strategie Maos auch dort einen Riegel vorgeschoben.

Unter solchen Umständen würde es in jedem Land der Welt eine Regierungskrise geben, und was wir heute in China beobachten, ist eine Regierungskrise großen Stils. Der Sturz eines Politbüromitglieds in einem kommunistischen Staat läßt sich durchaus mit dem Sturz eines Ministers bei uns vergleichen. Er ist sogar mehr — nicht nur, weil China größer ist, sondern weil ein Parteiführer dieses Ranges eine viel größere Hausmacht hat als ein Minister in einer parlamentarischen Demokratie, weil die Zahl derer, die mit ihm stürzen, viel höher und daher die Erschütterung des Staatsapparates viel größer ist.

Vorbereitung für den Machtwechsel

Solange Mao lebt, wird er wohl trotz aller Wirren das Land dank seiner Autorität zusammenhalten. Aber was geschieht, wenn er stirbt? China ist das volkreichste Land der Erde. Es gibt 22 Provinzen mit zehn, zwanzig, vierzig und sogar sechzig Millionen Einwohnern, und in der Geschichte Chinas hat es Zeiten gegeben, da einzelne Provinzen praktisch selbständige Staatseinheiten waren. Hinzu kommen die nationalen Minderheiten als ständiger Unruheherd. Sie sind nicht groß an Zahl, aber an politischer Bedeutung können sie es durchaus sein. Man erinnere sich nur an den Aufstand in Tibet im Jahre 1959 — und damals war Mao Tse-tung auf der Höhe seiner Macht. Schließlich darf man auch Nationalchina als potentielle Macht nicht unterschätzen. Wenn es auf dem Kontinent ernste Unruhen gibt, kann Formosa zu einem wichtigen Faktor werden.

Der Tod des Diktators wird zwangsläufig die zentrale Macht schwächen, zumal die innerchinesischen Kommunikationen auch heute noch recht dürftig sind. Zur Illustration sei erwähnt, daß bei der Volkszählung von 1954 die Zentralregierung nicht einmal imstande war, alle Bürger zu erfassen; etliche Millionen mußten „geschätzt“ werden. Unter diesen Umständen wäre es nicht verwunderlich, wenn es in dieser oder jener Provinz, in diesem oder jenem autonomen Gebiet separatistische Bestrebungen gäbe.

Eine krisenlose Machtübergabe ist heute unwahrscheinlicher denn je, denn jeder der jüngst gestürzten Parteigrößen könnte ein chinesischer Oberst Boumedienne sein. Sie alle waren über lange Jahre nicht weniger eng mit Mao Tse-tung befreundet als Boumedienne mit Ben Bella. Sie kennen das System und wissen, wo die entscheidenden Hebel sind.

Wir sehen also, daß der Gedanke, daß Mao mit Unruhen bei einem Machtwechsel rechnet

⁹⁾ Prawda, 10. September 1964.

und deshalb schon jetzt für die Zeit nach seinem Tode vorsorgt, gewiß nicht abwegig ist. Bestätigt wird er noch durch eine Analyse der Persönlichkeit Lin Piaos.

Lin Piao ist 1907 geboren. Er hat schon an dem legendären „Langen Marsch“ teilgenommen; kann sich also mit Recht als einer der alten Kämpfer vorstellen, als ein Schüler des „großen Mao“. 1936 bis 1945 leitete er die Antijapanische Militärpolitische Akademie, das heißt, er war für die Ausbildung der Guerillakämpfer verantwortlich, für die Ausbildung der Männer, die sowohl politische als auch militärische Aufgaben in dem völlig zerfallenen Staat zu lösen hatten. Die Ausbildung an

dieser Akademie gilt auch heute noch als besondere Qualifikation und ist in den Biographien mehrerer hoher chinesischer Funktionäre erwähnt. Seit 1945, seit mehr als 20 Jahren also, ist Lin Piao aktiver Truppenführer. Nach sowjetischen Quellen ist er verantwortlich gewesen für die Vertreibung der Kuomintang-Truppen aus Peking, Zentral- und Südchina. 1954 wurde er Stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Verteidigungskomitees, also Verteidigungsminister unter Mao, dem Vorsitzenden, und 1955 zum Marschall befördert⁷⁾. Man kann also wirklich sagen, daß Lin Piao der rechte Mann für schwierige Situationen ist.

Das Programm der Roten Garde

Auch das Programm der Roten Garde, so ungereimt es beim ersten Lesen zu sein scheint, bekommt Gesicht, wenn man es auf seine Verwendbarkeit in bürgerkriegsähnlichen Verwicklungen prüft. Es ist in 23 Thesen formuliert, die man in drei Untergruppen teilen und mit „Gleichheit in Armut“, „Nieder mit den Feinden!“ und „Es lebe Mao!“ betiteln könnte. Der Gleichheit in Armut sind zehn Thesen gewidmet. Es wird verlangt, „jeder Bürger solle sich körperlich betätigen“ (1), vor allem aber sollen „die Intellektuellen in der Landwirtschaft arbeiten“ (14). „Alle Menschen müssen gemeinsam verköstigt werden, man muß zu den Gebräuchen der ersten Volkskommunen zurückkehren“ (16.) Restaurants erster Klasse (7) und Eisenbahnabteile erster Klasse (18) sollen verschwinden, Fotos „sogenannter hübscher Mädchen dürfen nicht mehr verbreitet werden“ (19), und man hat auf „Kosmetika, Parfüm, Schmuck, unproletarische Kleidung und Schuhwerk“ zu verzichten (17). Ein Teil der Parolen wendet sich direkt gegen die sogenannte Neubourgeoisie, also gegen jene, die in der Zeit nach Maos Fiasko mit dem „Großen Sprung“, als die Regierung die Privatinitiative notgedrungen tolerieren mußte, zu etwas Vermögern gekommen sind. Parole 5 verlangt, daß „Handelsunternehmen“ (die Hauptquellen des Gewinns und damit der bürgerlichen Tendenzen) „so reformiert werden müssen, daß sie den Bauern, Arbeitern und unserer Garde dienen“. Die Formulierung ist absichtlich so unklar, damit jeder Willkür freie Hand gelassen ist. Klarer sind die Parolen 8 und 15: „Private Geldgewinne sind dem Staat abzuliefern“ und „Bankzinsen sind abzuschaffen.“

Die Thesen zum Thema „Nieder mit den Feinden!“ sind ebenfalls gewollt allgemein gehalten und völlig willkürlich auszulegen. Die erste lautet: „Alte Gewohnheiten müssen verschwinden“ (4). Der Haß richtet sich besonders gegen die chinesische Tradition: „Namen der Straßen und Denkmäler müssen geändert werden“ (20), „alte Kunstwerke, die nicht politischen Themen gewidmet sind, müssen verschwinden“ (21). Es folgen Thesen allgemeineren Charakters, das positive Programm sozusagen: „Die Politik muß in allen Fragen Vorrang haben“ (9). „Alle Parolen dürfen nur kommunistischen Charakter haben“ (10). „Auf allen Straßen müssen Lautsprecher angebracht werden, damit man der Bevölkerung Verhaltensmaßregeln geben kann“ (12). Schließlich die allgemeine Einstellung zur Opposition und zum Revisionismus: „Die Opposition muß erbarmungslos im Keim ausgerottet werden“ (6) und „revisionistische Parolen müssen verschwinden“ (11).

Es folgt die Gruppe „Es lebe Mao!“ mit fünf Thesen: „Die Lehre von Mao Tse-tung muß bereits in den Kindergärten verbreitet werden“ (13). „Überall müssen Zitate aus den Werken von Mao“ (3) und „in allen Kinos, Theatern, Buchhandlungen u. ä. müssen Porträts von Mao aufgehängt werden“ (2). Und schließlich der Aufruf zur Autodafé: „Man kann sich nicht damit abfinden, daß Bilder verbreitet werden, die dem Denken von Mao Tse-tung nicht entsprechen“ (22); „Bücher, die das Denken von Mao Tse-tung nicht wiedergeben, müssen verbrannt werden“ (23).

⁷⁾ Nasch drug Kitaj. Slowarj-sprawotschnik, Moskau 1959, S. 193/194.

Das ist Personenkult, wie man ihm in der letzten Zeit überall begegnet: In den fremdsprachigen Sendungen von Radio Peking zum Beispiel wird Mao in der Minute durchschnittlich vier Mal genannt.

Im Programm der Roten Garde sind die Parolen in der Reihenfolge der eingeklammerten Zahlen aufgestellt. Unsere redaktionelle Umgruppierung hat erwiesen, daß das Programm sehr wohl auf Bürgerkrieg zugeschnitten sein kann. Die Parolen von der Gleichheit in Armut, vom Kampf gegen Verräter und Reaktiönäre und das Vermächtnis des großen Führers eignen sich vorzüglich dazu. Im Friedenszeiten ist der Kampf gegen gutes Essen und ein hübsches Make up lächerlich. Im Bürgerkrieg kann die gleiche Parole eine Waffe sein; denn der Vorwurf, jemand wolle die Revolution von 1949 verraten, um etwa ausländische Moden tragen zu können, kann tödlich wirken.

Das Gleichheitsprinzip ist in der chinesischen Armee schon konsequent verwirklicht. Vor längerer Zeit sind alle Dienstabzeichen abgeschafft worden. Diese Maßnahme wäre unverständlich, wenn die Armee für Friedenszeiten oder für einen Krieg mit einer anderen regulären Armee ausgerüstet würde. Sie ist aber durchaus sinnvoll, wenn man eine Bürgerkriegsarmee haben will, eine Armee, die gegen

die „Neubourgeoisie“, gegen „Verräter“, „Separatisten“ und ähnliche „Feinde“ kämpfen soll.

Eine weitere Schutzmaßnahme für den Bürgerkrieg sind die Attacken auf Sun Yat-sen, den Gründer der Republik China, der neuerdings als „Verkörperung des revolutionären Kapitalismus“ hingestellt wird. Sun Yat-sen hatte die Kuomintang gegründet, und jede antikommunistische Bewegung in China wird sich als Erbin dieses großen Chinesen hinstellen. Es ist also besser, Sun Yat-sen von seinem Podest herabzustürzen.

Vergessen wir nicht: Ein wichtiger Beitrag der Chinesen zum kommunistischen Gedankengut ist die theoretische Untermauerung des Gegenangriffs nach einer Niederlage, des neuen Beginns nach dem Zusammenbruch. Sollte die kommunistische Macht in China wirklich ganz oder in einzelnen Provinzen zusammenbrechen, dann könnten die Kommunisten, die ihren Posten bestimmt nicht kampflos verlassen werden, zur Parole machen, was sie vor zehn Jahren geschrieben haben:

„Wie zick-zack-artig der Weg auch sein mag, der vor uns liegt, die Menschheit wird letzten Endes doch ihr strahlendes Ziel, den Kommunismus, erreichen, und es gibt keine Macht, die sich dem entgegenstellen könnte“⁸⁾.

Zurückhaltung der Sowjetunion

Wir haben versucht, einige der widersprüchlichen und schwer zu verstehenden Vorgänge in China unter dem Aspekt eines vielleicht bevorstehenden Bürgerkrieges zu sehen und konnten sie damit viel plausibler machen. Aber es gibt noch einen Faktor, der für unsere Theorien zu sprechen scheint, und das ist die Haltung der Sowjetunion. Es fällt auf, daß die Sowjets sich verhältnismäßig zurückhaltend geben. Als die Menge in Peking am 22. August das Auto des sowjetischen Geschäftsträgers aufhielt, antwortete die Sowjetregierung mit einem „entschiedenen Protest“, den die Sowjetpresse am 28. August auf der dritten oder vierten Seite abdruckte. Auf die weiteren „Flegeleien“ reagierte die Sowjetführung nur dadurch, daß ihr Botschafter aus dem Urlaub nicht nach Peking zurückkehrte — und das ist nach internationalem Brauch das mindeste, was man in solchen Fällen zu tun pflegt.

Die Reaktionen auf Parteiebene sind ähnlich. In der offiziellen Erklärung des ZK der KPdSU

zum 11. Plenum des ZK der KP China, das „unter der Leitung von Genossen (!) Mao Tse-tung verlief“, heißt es, das Plenum sei „mit verleumderischen Attacken auf die KPdSU und die Sowjetunion aufgetreten“. Weiter heißt es, die Führung der KP Chinas provoziere wieder eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der chinesischen Volksrepublik. Das gehe so weit, daß es zu Massenausschreitungen vor der sowjetischen Botschaft in Peking gekommen sei⁹⁾.

Wenn man diesen Text mit dem vergleicht, was zu Stalins Zeiten an die Adresse Titos geschrieben wurde, so ist er als überaus milde zu bezeichnen, selbst wenn man die unterschiedlichen Machtverhältnisse in Rechnung stellt. Das ZK der KPdSU hat zum Beispiel im Sommer 1949 einen Beschluß herausgegeben mit dem Titel: „Die KP Jugoslawiens in den

⁸⁾ Prawda, 30. Dezember 1956.

⁹⁾ Prawda, 1. September 1966.

Händen von Provokateuren, Verrätern und Mördern" 10). In der gleichen ZK-Erklärung der KPdSU vom August 1966, in der dem „Genossen“ Mao Tse-tung vorgeworfen wird, schlechtere Beziehungen zu provozieren, heißt es an anderer Stelle sehr zurückhaltend: „Trotz der Schwierigkeiten, die die Füh-

rung der KP Chinas macht, wird die Kommunistische Partei der Sowjetunion auch in Zukunft den chinesischen Kommunisten, dem viele Millionen zählenden chinesischen Volk die Freundschaft bewahren, die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung ... entschieden verteidigen" 11).

Die Linie der sowjetischen Presse

Hier klingt ganz deutlich eine bestimmte Strategie an, die die Sowjetführung der chinesischen „Kulturrevolution“ gegenüber von Anfang an erkennen ließ. So scharf sie sich auch von den Aktionen der chinesischen Kommunistenführer distanzierte, sie hat immer wieder ihren Willen bekundet, „in unverbrüchlicher Verbundenheit“ mit dem chinesischen Volk zu bleiben. Die Sowjetpresse hat eine sehr geschickte Form der Berichterstattung entwickelt. Über die „Kulturrevolution“ schreibt sie fast nur in Zitaten aus der chinesischen Presse — mit knapper Einleitung und fast ohne Kommentar. Die Auswahl allerdings ist für die chinesischen Genossen wenig schmeichelhaft, und sie wird den Sowjetbürgern mit offenem Hohn serviert.

Die „Kulturrevolution“ erscheint dabei als Bewegung von Kulturbanausen, die Mobilmachung der Jugendlichen als Zusammenrottungen von Taugenichtsen, unreifen Halbstarren und durchgefallenen Schülern. Die *Komsomolskaja Prawda* zitierte Anfang Juli Schülerinnen der Ersten Pekinger Mädchenoberschule: „Die Jugend der Epoche von Mao Tse-tung braucht nicht in Haufen von Büchern zu wühlen, um auf die Hochschule zu kommen“, und andere

Schüler und Studenten, die klagen, daß „während der Vorbereitungen auf Prüfungen die Zeit unnötig verschwendet wird, die man dringend für das Studium der Werke des Vorsitzenden Mao und die politische Tätigkeit braucht“ 12).

Anfang August, als in Peking das ZK über den weiteren Verlauf der „Kulturrevolution“ entschied, brachte die *Literaturzeitung* eine Zitatensammlung aus der chinesischen Presse, in der man Aussprüche findet wie: „Wenn man die Schauspiele Shakespeares vom Standpunkt des heutigen Tages betrachtet, so widersprechen sie grundlegend dem sozialistischen Kollektivismus“ oder: „Shakespeare stand zwar auf dem Boden des Humanismus, unterstützte aber die Macht des Monarchen“ 13).

Ende August kam in die Schmähung der Roten Garde ein neuer Ton. Zunächst hieß es, sie solle eigentlich Rote Ochraha heißen — Ochraha wurde die zaristische Geheimpolizei genannt 14). Später gewöhnte man es sich an, die phonetische Transkription aus dem Chinesischen zu gebrauchen, so daß der sowjetische Leser dem Namen „Rote Garde“ jetzt gar nicht mehr begegnet.

Brückenschlag zum Parteiapparat

Ganz deutlich sind weiter die Bemühungen zu erkennen, Kontakte zu den Parteikadern, zu den Funktionären des Parteiapparates zu schaffen, die von der chinesischen Presse aufgefördert werden, „bescheiden von den kleinen Wortführern der Revolution (also den Rotgardisten) zu lernen“. Am 3. September berichtete die *Prawda* noch über die Absicht der Roten Garde, „das Artilleriefeuer auf die Parteikomitees zu eröffnen“. Am 18. September schrieb sie bereits viel schärfer, Maos Halb-

starke würden „direkte Angriffe auf die Parteikomitees organisieren. Diese Angriffe führen zu ersten Zusammenstößen zwischen den Arbeitern, die bei der Verteidigung der Parteikomitees die Kommunisten unterstützen, und den Abteilungen der ‚Roten Geheimpolizei‘“ 15).

11) *Prawda*, 1. September 1966.

12) *Komsomolskaja Prawda*, 9. Juli 1966.

13) *Literaturnaja Gazeta*, 9. August 1966.

14) *Prawda*, 3. September 1966.

15) *Prawda*, 18. September 1966.

10) Vgl. Keesings Archiv der Gegenwart, 29. November 1949.

Hier sind bereits die Fronten zu erkennen: Es wird um die Frage gehen, ob die bereits etablierte Elite die Staatsspitze (und damit ihre gesellschaftliche Stellung) durch eine relativ reibungslose Machtübergabe halten kann oder ob es zu einer neuen Welle sozialer, politischer, nationaler und vielleicht auch internationaler Erschütterungen kommt, die nur einen Mann hochspülen können, der imstande ist, den zerrütteten Staat wieder aufzurichten, und der dabei eine neue Elite einsetzt.

Das ist zugleich die auffälligste und die aussichtsreichste Politik der Sowjets gegenüber der „Kulturrevolution“. Eigentlich hatte schon Chruschtschow mit ihr begonnen. Am 28./29. August 1964 brachte die *Prawda* in zwei Fortsetzungen einen redaktionellen Artikel unter dem Titel „Über einige Seiten des Parteilebens in der KP China“, der später auch als Sonderdruck erschien. Darin wurde bezweifelt, daß Mao überhaupt der legale Führer der Kommunistischen Partei Chinas ist: Es habe in China seit 1956 keinen Parteitag gegeben; nach den Statuten habe aber alle fünf Jahre einer stattzufinden. Fast die Hälfte der Parteimitglieder, nämlich alle, die der Partei in der Zeit von 1956 bis 1964 beigetreten sind, hätten niemals an den Wahlen zu den Parteiorganen teilgenommen¹⁶⁾. Damals war es ein plumper Versuch, die gesamte Partei gegen die oberste Spitze aufzuhetzen, der kaum Er-

folgchancen hatte. Wahrscheinlich hat Chruschtschow auch keine erwartet. Aber das Argument gilt heute noch; denn es hat immer noch kein ordentlicher Parteitag stattgefunden und es ist auch noch kein neues Zentralkomitee gewählt worden. Diesmal ist die sowjetische Politik viel differenzierter; denn jetzt appelliert sie an die mittleren und höheren Funktionäre, die gegebenenfalls die Wahlen innerhalb der Partei vorbereiten und ohne Zweifel ein anderes Programm aufstellen würden, als es Mao heute tut.

So überrascht es nicht, wenn die *Prawda* vom 23. September berichtet, daß einzelne Parteikomitees geschlossen worden seien, weil sie angeblich „degeneriert“ seien, daß ausführlich über das schreiende Unrecht berichtet wird, das ein paar Parteikomitees angetan wurde: Über das Charbin-Parteikomitee und einige andere hatte eine Horde von Oberschülern Gericht gehalten; auf Grund ihres „Urteilspruchs“ wurden ein paar Parteifunktionäre verhaftet und gefesselt auf LKWs abtransportiert. Am 27. September sprach die *Prawda* bereits von einem regelrechten Sturm von 1600 Rotgardisten auf ein Provinzparteikomitee: Bei einem „Pogrom“ hätten Rotgardisten „manche Parteifunktionäre verhaftet ...“, die Autos der örtlichen Partei- und Staatsstellen umkippt ... , die Wohnungen alter Revolutionäre (die wohl nicht mehr dem Ideal der Gleichheit entsprachen) untersucht.“

Sowjetische Polemik gegen die Bilderstürmerei

Auch zur chinesischen Intelligenz schlägt die Sowjetführung kräftig Brücken. Sie bietet sich als Verteidigerin an. Die *Literaturzeitung* brachte schon Anfang Mai Auszüge aus einer selbstkritischen Rede des Präsidenten der chinesischen Akademie der Wissenschaften, des Historikers und Literaten Go Mo-scho, der gesagt hatte, „einige Millionen Hieroglyphen“, die er im Laufe von sieben Jahrzehnten geschrieben habe, müsse man, „wenn man mit den Kriterien des heutigen Tages an sie herangehe, vollständig verbrennen, sie (seien) überhaupt nichts wert“, da er „die Ideen des Vorsitzenden Mao nicht beherrsche“¹⁷⁾.

Nun muß man wissen, daß nach russischen Begriffen der Titel „Präsident der Akademie

der Wissenschaften“ die höchste wissenschaftliche Auszeichnung ist, die es gibt. Man kann sich vorstellen, welche Reaktion Zitate dieser Art bei den sowjetischen Lesern hervorrufen. Daß sie auch durch den Bambusvorhang an das Ohr der chinesischen Intellektuellen dringen, dessen kann man sicher sein.

Die Sowjetunion weist sich mit der Auswahl der Zitate auch als Hüterin der chinesischen Tradition, der chinesischen Kultur aus. Mit unverhülltem Hohn zitierte zum Beispiel die *Prawda* Anfang Juli einen chinesischen Studenten, der sich beklagt, „in den ersten beiden Jahren des Studiums an der philosophischen Fakultät der Pekinger Universität habe er die Werke des Vorsitzenden Mao nicht richtig studieren können, weil er einen großen Teil seiner Zeit für verschiedene vom Gift des Revisionismus durchtränkte Fächer, darunter die chinesische Sprache und ähnliches mehr,

¹⁶⁾ Sonderdruck: O nekotorych storonach partijnoj shizni v Kompartii Kitaja, Moskau 1964, S. 6/7. Weiter: Sonderdruck.

¹⁷⁾ Literaturnaja Gazeta, 5. Mai 1966.

vergeudet habe. Aus diesem Grunde habe er sich nicht an den verschiedenen Bewegungen beteiligen können, die revolutionären Sinn haben“¹⁸⁾.

Als die „Kulturrevolution“ immer groteskere Formen annahm, versäumte es die *Prawda* nicht, zu berichten, daß die „Rotgardisten Stuckaufschriften und Skulpturen auf alten Gebäuden zerstört und weltbekannte Galerien

mit Bildern alter und moderner Meister geschlossen haben“¹⁹⁾.

Kurz darauf brachte die *Prawda* einen grundsätzlichen Artikel „Sozialismus und Kulturerbe“, der die alte These Lenins, der Kommunismus sei der rechtmäßige Erbe der besten Tradition der Menschheit, unmißverständlich zum Ausdruck brachte²⁰⁾.

Für die Bewahrung des kulturellen Erbes

Während die Sowjetpresse über die Taten von Maos Rotgardisten nahezu kommentarlos, im Reportagestil und hauptsächlich basierend auf Zitaten aus der chinesischen Presse berichtet, hat sie gleichzeitig auf recht hohem geistigen Niveau mit einer Gegenoffensive begonnen, in der die chinesische „Kulturrevolution“ am Maßstab der von den meisten kommunistischen Parteien akzeptierten Grundsätze gemessen wird.

Das sind zunächst vier große Artikel in der *Prawda*²¹⁾: „Der Aufbau des Kommunismus in der UdSSR und der revolutionäre Denkprozeß“ von Ju. Arbatow, „Der Sozialismus und das Kulturerbe“ von Dr. phil. Kowalow (Dr. phil. ist in der Sowjetunion ein sehr hoher wissenschaftlicher Grad), „Die Kulturrevolution als Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung des Sozialismus“ von Prof. A. Arnoldow und „Die evolutionären und die revolutionären Formen der Entwicklung der Gesellschaft“ von Prof. M. Rosental. Alle vier Arbeiten sind unter dem gemeinsamen Titel „Fragen der Theorie“ veröffentlicht; das gibt ihnen eine Art halbamtlichen Charakter.

Daß sie sich gegen die chinesische „Kulturrevolution“ richten, ergibt sich schon aus den Titeln. Dazu noch ein beziehungsreiches Zitat aus „Sozialismus und Kulturerbe“: „Die Werke von Äschilos und Shakespeare, Goethe und Balzac, Puschkin und Tolstoj, Mozart und Verdi . . . dienen und werden . . . der Erziehung der besten humanistischen Eigenschaften des Menschen dienen.“

Der Grundgedanke aller vier Arbeiten ist: Natürlich gibt es beim Sozialismus und beim Kommunismus eine Kulturrevolution — das Wort hat ja Lenin bereits 1923 geprägt (also: Mao ist nichts Neues eingefallen). Aber wie

das die Chinesen machen, so macht man das nicht. Dabei ist China nicht einmal beim Namen genannt.

Die Verfasser führen aus: Die Hoffnung auf eine spontane Kultur- oder sonstige Revolution ist eine Illusion. Sozialismus und Kommunismus können, wie schon Lenin gezeigt hat (im Gegensatz zu nationalen Erhebungen), nur durch bewußte Lenkung aufgebaut werden, also nur mit Hilfe jener Parteikader, die jetzt in China so diffamiert werden. Auf jeden Fall sei das gute Beispiel, wie man es in der Sowjetunion beobachtet, ausschlaggebend (und nicht die Gleichheit in Armut) — und natürlich die bewaffnete Macht. Die Kommunisten sollen sich in ihrem Kampf auf möglichst breite Schichten stützen, und da sei das gemeinsame „Kulturerbe“ eine gute Brücke. Dementsprechend soll die Kulturrevolution als Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung des Sozialismus nicht auf „voluntaristische“ Weise, das heißt nicht willkürlich durchgeführt werden, und gerade Lenin habe sehr viel Aufmerksamkeit, Zuverlässigkeit und Fürsorge für die nichtkommunistischen und nichtproletarischen Träger dieses Kulturerbes gezeigt.

Im letzten Artikel wird dann auf der nächsthöheren, geschichtsphilosophischen Ebene gezeigt, daß ein revolutionärer Prozeß nicht ohne einen evolutionären denkbar sei, da die revolutionären Ereignisse zunächst während der evolutionären Prozesse heranreifen müssen.

Das ist bereits ein breit angelegtes Programm für Aktionen sowohl ideologischer als auch organisatorischer Art. Es ist gewiß kein Zufall, wenn die Führung der KPdSU Ende August, zu der Zeit, da in China die „Kulturrevolution“ ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte, in der Hauptstadt der muslimanischen

¹⁸⁾ *Prawda*, 9. Juli 1966.

¹⁹⁾ *Prawda*, 26. August 1966.

²⁰⁾ *Prawda*, 16. September 1966.

²¹⁾ *Prawda*, 7., 16., 26. und 30. September 1966.

(aber noch in Europa liegenden) Sowjetrepublik Aserbeidschan, Baku, eine Konferenz des „Schriftstellerforums“ abhalten ließ — einer sowjetischen Organisation, die die Beziehungen zu den Intellektuellen Afrikas und Asiens pflegt — und wenn dort die internationale Solidarität der Intelligenz demonstriert wurde²²⁾.

Diese Haltung der Sowjetführung kam sicher nicht nur aus Liebe zu den leidenden chinesischen Intellektuellen zustande. Unter Intellektuellen kann man leicht Spezialisten verstehen, unter Spezialisten jeden Angehörigen der „neuen Klasse“, der neuen Elite; soziologisch gesehen ist das Unternehmen ein Brückenschlag zur gesamten „neuen Klasse“ Chinas und somit eine politische Entscheidung.

Die sowjetische Politik gegenüber der chinesischen „Kulturrevolution“ hat noch eine dritte Linie: sie richtet sich gegen den Mao-Kult, der

groteske, geschmacklose Formen annimmt. Auch damit hat schon Chruschtschow begonnen, aber seit kurzem ist eine neue Nuance hinzugekommen: man kreierte einen gemäßigten Kult um Sun Yat-sen, der sehr sowjetfreundlich gewesen ist. So nimmt es nicht wunder, wenn die *Prawda* in der gleichen Ausgabe kommentarlos die Schwüre der Roten Garde, „die große Fahne der Ideen von Mao Tse-tung voranzutragen“ und „grenzenlos heiß den Vorsitzenden Mao zu lieben und unbeschränkt sich vor ihm zu verbeugen“, abdruckt und gleichzeitig mitteilt, daß „nach einer Entscheidung des Weltfriedensrates im November dieses Jahres der hundertste Geburtstag des großen chinesischen Revolutionärs Sun Yat-sen gefeiert werden soll. Zum Leiter der Kommission für die Vorbereitung der Feierlichkeiten wurde der Schriftsteller Nikolaj Tichonow gewählt“²³⁾.

Vorteile für die Sowjetunion

Wir haben versucht, eine rationale Erklärung für das zu finden, was derzeit in China geschieht, und wir kommen nun zu folgendem Schluß: Allem Anschein nach lassen sich die einzelnen Tatsachen und einzelnen Meldungen, die zusammen keineswegs ein lückenloses Bild abgeben, nur aus dem Ganzen der innen- und außenpolitischen Lage Rotchinas verstehen. Dieses Gesamtbild ist mit den Worten „schwere Krise“ zu umschreiben. Wahrscheinlich hat im Augenblick niemand in China die Lage wirklich in der Hand, auch nicht Mao Tse-tung, denn man opfert nicht ohne Grund langjährige Mitarbeiter, man schafft sich nicht mehr Feinde als nötig. Nimmt man nun an, daß Mao Tse-tung die Wirklichkeit erkennt, wie sie ist, daß er es für möglich und wahrscheinlich hält, daß nach seinem Tod eine Katastrophe, möglicherweise ein neuer Bürgerkrieg kommt, dann sind seine Grundentscheidungen logisch und folgerichtig: er trifft umfassende Vorbereitungen. Dann sind auch die Exzesse der „Kulturrevolution“ verständlich, etwa der Verzicht auf Aufnahmeprüfungen bei den Hochschulen. Wenn man mit einer friedlichen Entwicklung rechnet, wäre das Unsinn, denn die kostspielige akademische Ausbildung setzt selbstverständlich die Eignung voraus. Will man dagegen Kader schaffen, die bereit sind, auf die Barrikaden

zu gehen, die Strapazen eines neuen „Langen Marsches“ auf sich zu nehmen, so braucht man Menschen, die den Weg nach oben nicht über die Hochschule, nicht über eine ordentliche akademische Ausbildung, sondern über Massenbewegungen machen wollen, und man kann sie ruhig mit dem Status des Studenten ködern — beenden werden sie die Hochschule sowieso nicht.

Wir haben gesehen, daß Mao alles tut, was ein guter Führer einer kommunistischen Partei, der Land und Partei in einem ziemlich chaotischen Zustand hinterläßt, tun kann, um für alle Eventualitäten vorzubauen.

Auch die sowjetische Strategie scheint der Sachlage gerecht zu werden. Die Sowjetunion distanziert sich deutlich von der „Kulturrevolution“ und allen grundlegenden Entscheidungen Maos nach 1958, und sie bemüht sich, so viele Brücken wie möglich zum chinesischen Volk und zur Kommunistischen Partei Chinas zu halten, vor allem zu den Kreisen, die von der „Kulturrevolution“ so offen brüskiert werden.

Überhaupt verstehen es die Sowjets, das Beste aus der Sache zu machen. Gewiß bringt ihnen die Entwicklung in China Unannehmlichkeiten; sie müssen sich um die Einheit der kommunistischen Weltbewegung mehr kümmern, als wenn alles glatt verlief. Aber sie haben

²²⁾ Literaturnaja Gazeta, 3. September 1966.

²³⁾ Prawda, 3. September 1966.

doch eine ganze Reihe von Vorteilen taktischer und strategischer Art erkannt, die sie eifrig wahrnehmen — innen- und außenpolitisch.

Innenpolitisch nützen die Sowjets natürlich die Gelegenheit, ihren Sowjetbürgern vorzu-

führen, wie viel besser „unser Kommunismus“ doch ist. Das trägt wesentlich bei zur Festigung der Stabilität des Sowjetsystems, und diese Absicht ist sicherlich hinter mancher Blütenlese aus der chinesischen Presse verborgen.

Vorbereitung auf eine Wiederannäherung

Innerhalb der kommunistischen Weltbewegung nimmt die „Kulturrevolution“ der Sowjetunion die Verantwortung für das Schicksal Vietnams und das Schicksal des Kommunismus in China ab. Daß die Linie der chinesischen Kommunisten falsch ist, sieht jeder Kommunist, und wenn der Kommunismus in China zusammenbricht, dann können die Sowjets sagen: Sie haben eben die falsche, die trotzkistische Politik betrieben — hätten sie auf uns gehört! Schon jetzt sind die Sowjets wieder Alleinherrscher in der kommunistischen Weltbewegung; nur noch das winzige Albanien und ein paar Kommunistengruppen in Australien und Neuseeland halten Mao die Treue. Nordvietnam und Nordkorea bemühen sich um engere Kontakte mit der UdSSR, und selbst die chinafreundlichen Kommunisten in Japan haben Maos Bilder aus ihren Parteilokalen entfernt.

Die sowjetische Strategie einer entschiedenen Ablehnung von allem, was man als „Maoismus“ bezeichnen könnte, bei Aufrechterhaltung vieler Brücken zu verschiedenen Kräften innerhalb Chinas deckt so ziemlich alle möglichen Varianten einer weiteren Entwicklung. Bestimmt aber sichert sie eine Wiederannäherung der beiden Mächte, wenn Mao nicht mehr da ist — mag es nun einen Umsturz geben oder eine friedliche Machtübergabe.

Ent-Maoisierung?

Sollte es nach Maos Tod einen reibungslosen Machtwechsel geben, so wird keine anarchistische Rote Garde, so rot sie auch sein mag, die Zügel an sich reißen. Wir haben inzwischen genug Erfahrungen mit der Machtübergabe in kommunistischen Diktaturen, um das sagen zu können. Die Macht werden die im funktionierenden „Apparat“ zusammengefaßten Berufspolitiker übernehmen, die unteren und mittleren Parteifunktionäre, und sie werden keine „Gleichheit in Armut“ versprechen und

Wir im Westen neigen dazu, die Auseinandersetzung zwischen Rotchina und der Sowjetunion auf den nationalen Nenner zu bringen und vor allem anzunehmen, daß die ideologischen Meinungsverschiedenheiten schwer und unüberbrückbar sind. Aber wenn sich die chinesischen und die sowjetischen Kommunisten gegenseitig per „Genosse“ ansprechen, so ist das keine Floskel und keine bloße Formsache. Alle Kommunisten haben etwas Gemeinsames, nämlich das gemeinsame Programm der Aufhebung des Privateigentums. Sie haben alle einen gemeinsamen Feind, den sie „Kapitalismus“ nennen. Schließlich haben sie alle die gleiche Sorge: sie müssen ihr Programm gegen den Widerstand verschiedener Bevölkerungsschichten durchsetzen. Daher sind alle „ideologischen Differenzen“ innerhalb des Kommunismus nie ein Streit über die Ziele — es geht immer nur um die Frage, was man „hier und heute“ tun soll, und Begriffe wie „Dogmatismus“, „Revisionismus“, „linke“ oder „rechte“ Abweichung haben nur im Zusammenhang mit konkreten anstehenden Problemen einen Sinn. Wenn es in China nach Mao zu inneren Unruhen kommt, dann wird die Sowjetunion die chinesischen Kommunisten unterstützen. Unter solchen Umständen einigt man sich schnell über „ideologische Differenzen“, ganz gleich, ob der Mann an der Spitze Lin Piao oder sonstwie heißt.

auch nicht eine sofortige Weltrevolution, sie werden eine allmähliche Besserung der Lebensbedingungen, Aufstiegsmöglichkeiten, Ruhe und Ordnung versprechen — so wie es in Sowjetrußland nach Stalins Tod der Fall war.

Noch eines läßt sich für den Fall voraussagen, daß es der Kommunistischen Partei Chinas gelingen wird, die Nachfolgekrise ohne große Erschütterungen zu überleben: Es wird ganz bestimmt eine „Ent-Maoisierung“ geben, denn

sie ist vom Standpunkt des chinesischen Kommunismus dringend geboten. Die einzige Chance der KP Chinas, die Wirren zu überstehen, ist nämlich eine Liberalisierung größten Ausmaßes, und eine solche ist nicht möglich ohne Ablehnung der Politik Maos, ohne Ablehnung des „Großen Sprunges nach vorn“, der „Volkskommunen, der „Gleichheit in Armut“, der Selbstisolierung und des Konflikts mit der Sowjetunion.

Die Sowjets haben längst die ideologischen Voraussetzungen für eine „Ent-Maoisierung“ vorbereitet. In dem weiter oben zitierten Artikel „Über einige Seiten des Parteilebens der KP Chinas“ ist vor allem der Gedanke enthalten, daß die Handlungen der chinesischen KP-Führung nach 1958 — aber erst dann! — illegal waren, weil sie von keinem Parteitag gebilligt wurden. Es heißt dort immer wieder: „Der Übergang von den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu den Kommunen (im Herbst 1958) erfolgte ohne die Direktiven eines Parteitages, ja gegen die geltenden Richtlinien des Parteitages von 1956.“²⁴⁾ „Die neue Linie der chinesischen Führung gegenüber der Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung, diese scharfe Wendung erfolgte, ohne die Partei zu Rate zu ziehen, ohne die Einberufung eines Parteitages und im Gegensatz zu den Entscheidungen vorhergehender Parteitage.“²⁵⁾ Besonders scharf wurde schon damals, 1964, die Rechtmäßigkeit der Politik des „Großen Sprunges nach vorn“ bestritten mit der Begründung, der VIII. Parteitag der KPCh habe in seiner ersten Sitzung (1956) eine überstürzte Industrialisierung ausdrücklich verboten. Er habe dann, als er im Mai 1958 zu seiner zweiten Sitzung zusammentrat, noch einmal definiert, man solle England in der Stahlproduktion „im Laufe der nächsten fünfzehn Jahre“ einholen — trotzdem habe sich Mao im August 1958 zu dem „Großen Sprung nach vorn“ entschlossen und sich damit über die Entscheidungen des Parteitages hinweggesetzt²⁶⁾.

Vermutlich wird man Mao nach seinem Tod „halbieren“: man wird ihn einen großen Kommunisten nennen, der aber nach 1956 oder 1958, alt geworden, unter den Einfluß „gewissenloser Karrieremacher“ geraten sei — und Marschall Lin Piao dürfe dann die Rolle des sowjetischen Marschall Berija zufallen, dem man alle Fehler Stalins aus den letzten Jahren in die Schuhe geschoben hat.

²⁴⁾ Sonderdruck, S. 8.

²⁵⁾ Ebenda, S. 9.

²⁶⁾ Ebenda, S. 21.

Eine solche „Halbierung“ Mao Tse-tungs würde es dann möglich machen, die Freundschaft mit der Sowjetunion genauso wie eine Politik der Erhöhung des Lebensstandards als Erbe der Politik Maos vorzustellen, der Politik Maos aus der Zeit, als er noch nicht unter den Einfluß der „Schurken und Schufte“ geraten war (in solchen Tönen spricht man heute in der Sowjetunion über Berija). Denn bis 1957/58 waren die sowjetisch-chinesischen Beziehungen gut, und in China stieg der Lebensstandard rapide. Das könnte man Lin Piao auch ankreiden: 1955 wurde er zum Marschall befördert, und als er ein paar Jahre im Amt war, ging es mit China abwärts. Niemand kann heute eine Prognose über Chinas Zukunft abgeben. Es ist ein Land mit 600 bis 700 Millionen Menschen, in dem es unzählige Gegensätze, soziale, sprachliche, politische, lokale, nationale und viele andere gibt. Sollte die zentrale Macht erschüttert werden, könnten alle möglichen politischen Strömungen virulent werden — angefangen von radikalen Maoisten, den Resten der Rotgardisten, über eine ganze Skala kommunistischer Schattierungen, den sowjetfreundlichen in der Mehrzahl, bis hin zu den Antikommunisten mit dem Stützpunkt Formosa.

Wir fassen noch einmal zusammen:

1. Die „Kulturrevolution“ und alles, was dazu gehört, gewänne einen Sinn unter der Annahme, daß Mao Tse-tung nach seinem Tode nicht mit einem reibungslosen Machtwechsel, vielleicht sogar mit einem Bürgerkrieg rechnet, und nun vorsorglich eine fanatisierte und aus sehr jungen, aber einwandfrei kommunistischen Menschen bestehende Rote Garde unter der Führung eines Spezialisten für den Guerillakrieg schafft.
2. Die Sowjets scheinen von ähnlichen Perspektiven auszugehen, aber in einer nicht ganz so dramatischen Form. Sie bauen Brücken zu den „Kräften der Ordnung“, der kommunistischen Ordnung, versteht sich, um jederzeit helfend eingreifen zu können.
3. Die Krise in China ist eine Krise der Regierung Mao Tse-tung und nicht der sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Deshalb zeigen sich die Sowjets auch gelassen und beschränken ihre Proteste auf ein Minimum. Sie wissen, daß sie stärker sind. Die verbindenden Momente in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Rotchina sind wesentlich stärker als gemeinhin angenommen wird, und vor allem können sie nach Mao ausgebaut werden.